

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 J.
 Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 28. August 1897.

Inserate die dreispaltige Zeile ober deren Raum 80 J.
 Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weigenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie. — Von der preussischen Fabrikinspektion 1896. — Der Schutz der Bleiarbeiter. — Die Stellung deutscher Ingenieure gegenüber streikenden Arbeitern. — Die Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Verwaltungen und Mitglieder des D. M. V. in Nordbayern. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Literaturisches.

Zur Beachtung.

Zugang ist ferngehalten: von Formern und Gießereiarbeitern nach **Balk a. Rh.** (Stählen), nach **Stuttgart** (alle Betriebe); von Flaschnern und Metallbildnern nach **Nürnberg** A.; von Metallarbeitern aller Branchen nach **Erfurt** (Möbel, Stangen- und Leistenfabrik); von Klempnern nach **Erfurt** E., nach **Gera**, Neuz. J. E.; von Schloßern und Maschinenbauern nach **Stuttgart** (alle Betriebe); von Schloßern und Drehern nach **Leipzig-Gutritsch** (Grob & Co.) St.; von Metallschlägern nach **Dresden** (Georg Richter) D.; von Feilenbauern nach **Potschappel** (Mehlhofe) St.; von Schiffsbauern und deren Helfern nach **Hamburg** (Blohm & Voß); von Schleifern nach **Bielefeld** (Bär & Kempel); Fahrradbranche nach **Mühlhausen** (Wöbelsradwerke); von Metallarbeitern aller Branchen nach **Häusermark** A.; nach **Malmö** in Schweden (mech. Fabrik von Fobhum) St. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht; E. heißt: Lohnbewegung; A. heißt: Ausspernung; N. heißt: Differenzen.)

Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie.

(Schluß.)

Im ersten Artikel wurden nur beispielsweise einige Fälle von Neugründungen und Erweiterung der bestehenden Betriebsanlagen für Vermehrung der Produktion als Beweise dafür angeführt, wie der Großbetrieb sich immer mehr ausdehnt. Hier sei noch erwähnt, daß die Dresdener Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Seidel und Raumann beabsichtigt, in Mühlhausen i. Thür. ein neues Zweigestablishment mit nicht weniger als etwa 1000 Arbeitern zu eröffnen, das neben dem Bau von Fahrrädern auch die Anfertigung von medizinisch-chirurgischen Instrumenten betreiben soll. Der Grund hierfür sei, daß das Dresdener Unternehmen die ihm zugehenden Aufträge nicht bewältigen kann, obwohl neuerdings die Arbeiterzahl von 1500 auf 1800 erhöht wurde. Die pfälzische Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Gebr. Kaiser in Kaiserslautern hat vor Jahresfrist ihr Aktienkapital von 675 000 auf 1 Million und neuerdings noch um eine weitere Million Mark erhöht. Die Fabrik kaufte von dem Eisenwerk Kaiserslautern dessen Stahlwerk für 235 000 M. Die oberschlesische Eisenbahnbedarfsgesellschaft hat beschlossen, ihr Grundkapital allmählich um 3 600 000 M. zu erhöhen und zwar durch Vermittlung der Aktiengesellschaft für Montanindustrie in Berlin. Das Geschäft sei fortwährend befriedigend bei reichlicher und lohnender Arbeit. „Dabei sei Hoffnung vorhanden, diesen Zustand auch über die heute absehbare Zeit andauern zu sehen.“ Im April dieses Jahres betrug der Gewinn 771 000 gegen 411 000 M. im gleichen Monat 1896. Die Erägerwellblechfabrik und Signalbauanstalt vorm. Lehmann & Cie. in Berlin hatte nach einer Mitte Juni in die Presse lancirten Mittheilung Aufträge von 2 750 000 M. gegen 1 560 000 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Fabrik gibt für 321 000 M. neue Aktien aus. Demnächst sollen die Werkstätten nach Reinickendorf verlegt werden. Die Kölnner Maschinenbau-Aktiengesellschaft hatte 1895 eine Unterbilanz von 232 000 M., 1896 dagegen einen Gewinn von 216 000 M. Im Mai betrug ihre gesammten Aufträge 3 600 000 M. gegen nur 1 820 000 M. in derselben Zeit 1896. Im verfloffenen Jahre hat das Unternehmen vorübergehend still gestanden und wurden deshalb Aufträge zu jedem

Preise aufgenommen. Seit März dieses Jahres dagegen wurden Aufträge zu lohnenden Preisen abgeschlossen. „Der Arbeitermangel, unter dem das Werk längere Zeit zu leiden gehabt, habe sich allmählich verringert und die Arbeiterzahl nehme, wenn auch langsam, doch fortwährend zu, so daß zu erwarten sei, daß das laufende Geschäftsjahr mit wesentlich günstigerem Resultate wie das Vorjahr abschließen werde.“ Da vorstehend von Arbeitermangel die Rede, so sei noch der Geschäftsbericht des Märktisch-westfälischen Bergwerksvereins Letmathe für 1896/97 erwähnt, in dem es heißt, daß trotz hoher Arbeitslöhne nicht in genügender Anzahl Arbeiter zu haben waren und daher Arbeitermangel herrscht. Mit 1 400 000 M. Grundkapital hat sich in Bremerhaven eine Aktiengesellschaft gebildet zur Uebernahme der dortigen Schiffswerft und Maschinenfabrik. Also überall auf industriellem Gebiete der Drang nach Ausdehnung und der Zug ins Große.

Sehen wir nun zu, was die Aktionäre der Metall- und Maschinen- sowie Montanindustrie „verdienen“. Unübertrefflich und obenan stehen die „Sächser“, die sich auf die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter gleichermaßen vorzüglich verstehen, wie denn auch beide in innigem Zusammenhang mit einander stehen. Wo die schlechtesten politischen Verhältnisse für das arbeitende Volk bestehen, da leidet es auch unter den ärgsten wirtschaftlichen und sozialen Mißständen. So erhielten die Aktionäre des Aktienvereins der Zwickauer Bürgergewerkschaft die Summe von 675 000 M. ausbezahlt, gleich einer Dividende von 421 Prozent des eingezahlten Grundkapitals oder 270 M. auf jede mit 64 M. eingezahlte Aktie; im vorigen Jahre erhielt jede Aktie „nur“ 230 M., also 40 M. weniger als dieses Jahr. Der Zwickauer Steinkohlenbauverein zahlte eine Dividende von 152 Proz. (1896: 145 Proz.), oder 210 (200) M. für jede mit 138 M. eingezahlte Aktie. Die den Aktionären ausbezahlte Summe beträgt 525 000 M. Auch die Theilhaber der Oberhohndorfer Kohleneisenbahn erhielten 329 670 M. gleich 41 (40) Proz. oder 185 M. Dividende pro Aktie. 32 (30) Proz. gleich 1 Million Dividenden bekamen die Aktionäre des Steinkohlenbauvereins Gottes Segen zu Lugau. Bei solchen Entbehrungslöhnen läßt es sich sehr gut, sehr schön und sehr angenehm leben und es erscheint der Wunsch der sächsischen Bourgeoisie, diesen für sie rein paradiesischen Zustand mittelst Polizei und Staatsanwalt, mittelst Auflösung, Verbot und Unterdrückungen jeder Art mittelst der Dreiklassenwahl zu verewigen, menschlich sehr begreiflich. Aber ebenso menschlich begreiflich ist der brennende Wunsch der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter, die in jeder Beziehung miserablen Verhältnisse, unter denen sie heute leben und leiden, halbmöglichst zu beseitigen und durch vernünftigeren Staats- und Gesellschaftsordnung zu ersetzen.

Freilich sind die Dinge in den anderen Gauen des lieben deutschen Vaterlandes zumeist ebenso wie in Sachsen. So hat auch die Berliner Fabrik für Nähmaschinen-Stahlapparate ihren Aktionären eine Dividende von 25 Proz. entrichtet; die Vereinigten Sächsischen Werke entrichteten 22 (20) Proz., die Maschinenfabrik vorm. Schnabel & Henning in Bruchsal 20 Proz., wobei die Aussichten für das neue Geschäftsjahr als günstig bezeichnet werden. 16 Prozent gleich 2 640 000 M. Dividende zahlten die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken in Köln und sie haben auch bezüglich der Geschäftsergebnisse des laufenden Jahres die besten Hoffnungen. Die Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahn-Waggonbau zahlte bei einer Produktion von 2245 Eisenbahnwagen 14 Prozent Dividende, bezugleich die Braunschweigische Maschinenbauanstalt gleich 168 000 M. und der Steinkohlenbauverein Hohenborn gleich 227 685 M. Die Braun-

schweigische Maschinenbauanstalt hatte 1896 den größten Umsatz seit Bestehen des Unternehmens und im laufenden Jahre hatte sie beim Jahreswechsel schon genügende Arbeit bis zum Herbst. 12 1/2 Proz. zahlte die Maschinenfabrik in Grevenbroich, die bis zum April für 3 Millionen Mark Aufträge hatte und bis zum Herbst voll beschäftigt ist. Der Zwickauer Brüdenberg-Steinkohlenbauverein zahlte 367 584 M. gleich 11 Prozent Dividende, ferner die Ribbeck'schen Montanwerke, die 1 100 000 gegen 1 050 000 M. in 1895 an die Aktionäre vertheilten. Ueber das laufende Geschäftsjahr sagt der Bericht, es sei kaum zu erwarten, daß das neue Jahr dieselbe geschäftliche Lebhaftigkeit wie das Betriebsjahr bringen werde, trotzdem zweifle die Gesellschaft nicht, daß auch der nächste Abschluß, wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, befriedigende Resultate bringen werde.

Je 10 Proz. Dividenden entrichteten die Rheinisch-westfälischen Kupferwerke in Olpe (7 Proz.) gleich 150 000 M., welche durch den Bedarf für elektrische Zwecke einen bedeutenden Aufschwung erfahren haben; das Eisenwerk Kaiserslautern (9 Proz.), die Oberbayerische Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau in Wiesbad, gleich 480 000 M. und die Schnellpressenfabrik Frankenthal, Albert & Cie. (9 Prozent) gleich 150 000 M. Der Bericht theilt mit, daß das Warschauer Zweiggeschäft aufgegeben wurde, die vorhandenen Grundstücke, Gebäude und Einrichtungen wurden verkauft. Der flotte Geschäftsgang des Berichtsjahres 1896/97 habe sich auch auf die laufende Periode übertragen. Mit der Menge der Beschäftigung halten aber die erzielten Verkaufspreise nicht gleichen Schritt, trotz der starken Preissteigerung der Rohmaterialien. Die vorgekommene Vergrößerung, die erst im letzten Quartal in Betrieb gesetzt werden konnte, sei für die ungemein starke Beschäftigung sowohl in Rotations- wie in Schnellpressen indeß noch nicht ausreichend, und es sei bereits eine weitere große Montirungshalle, sowie eine neue große Eisengießerei im Entstehen. Hiefür, sowie für einige andere Fabrikbauten und Einrichtungen sowie für neuerworbene Grundstücke, die zur späteren Vergrößerung dienen sollen, werden weitere Betriebsmittel notwendig, weshalb die Gesellschaft in diesem oder im nächsten Jahre eine neue Anleihe aufzunehmen beabsichtigt.

9 Prozent zahlen Heine, Lehmann & Cie., Erägerwellblechfabrik und Signalbauanstalt in Berlin (6 Proz.), die sehr gut beschäftigt ist. Je 8 Proz. Dividenden entrichteten die Aktiengesellschaft für Montanindustrie in Berlin, die Webstuhl- und Maschinenfabrik vorm. May & Köhling in Chemnitz und Großenhain, die Bergwerksaktiengesellschaft Courl (5 Proz.) gleich 480 000 M., die Corona-Fahrradfabrik vorm. Schmidt in Brandenburg a. d. S. Letztere Fabrik war im verfloffenen Geschäftsjahr derart reichlich mit Aufträgen versehen, daß sie die Hälfte der eingehenden Aufträge zurückweisen mußte, weshalb die Fabrikanlagen vergrößert werden sollen. Ferner zahlen Dividenden von 8 Proz. die Peniger Maschinenfabrik und Eisengießerei (6 Proz.), welche von dem Segen des wirtschaftlichen Aufschwungs für die Maschinenindustrie sehr befriedigt ist und sodann die König-Friedrich-August-Hütte, welche ihren Aktionären 48 000 M. vertheilte. Je 7 Prozent zahlen die Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg, die Dampfkegel- und Gasometerfabrik vorm. Wille & Cie. in Braunschweig (3 Proz.), die im laufenden Jahre ebenfalls sehr gut beschäftigt ist; die Elektrizitätsaktiengesellschaft vorm. Herm. Pöge in Chemnitz, die Leipziger Dampfmaschinen- und Motorenfabrik vorm. Swiderski und die Maschinenbaugesellschaft Heilbronn. Die Zwickauer Maschinenfabrik vertheilte 6 2/3 Proz. (6 Proz.) gleich 50 000 M. und sie ist im laufenden Jahre voll beschäftigt. Je 6 Proz. entrichteten die Steittner Ma-

schienenbauaktiengesellschaft „Vulkan“, die ebenfalls im laufenden Jahr voll beschäftigt ist, ferner die Maschinenfabrik Geislingen (5 Proz.), die Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg und die Bank für industrielle Unternehmungen in Frankfurt a. M.

Diese kleine Auslese aus der großen Zahl der in der Metall-, Maschinen- und Montanindustrie vorhandenen Aktiengesellschaften und Einzelunternehmungen zeigt, wie rentabel und gewinnbringend es ist, Aktionär oder Fabrikant, überhaupt Kapitalist zu sein. Die Herren dürfen ihre Sommervergütungen in den Badeorten z. B. um etwas verlängern und verfeinern, es rennt ja! Die weil der „faule Bauch“ verschlemmt, was fleckige Hände erwerben“, plagt sich die armen Proletariat ja unablässig weiter, damit es ihren lieben Herren auch fernerhin nicht an dem nötigen Kleingeld fehlt. Auf jeden Fall könnten die Unternehmer durchwegs alle Arbeitslöhne wesentlich erhöhen und sie würden dennoch für ihr Nichtstun eine schöne Prämie erhalten.

Von der preussischen Fabrikinspektion 1896.

I.

v. Ein interessantes Bild über die Rückwirkungen des arbeiterschutzeindlichen Einflusses der Stimmungen auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht bieten die vor Kurzem erschienenen Berichte der preussischen Gewerberäte für das Jahr 1896, die als eine Auflehnung der mit der Arbeiterschuttkontrolle betrauten Aufsichtsbeamten gegen die verunsichernde Stagnation der Sozialreform, als eine Protestkundgebung gegen die weitere Ausdehnung der offiziell angeklügten Unternehmer schonkritik und als ein eindringliches Plädoyer für den besseren Schutz der Unterdrückten betrachtet werden müssen. Diese erfreulichen Kundgebungen, die sich nicht bloß mit der scharfen Kritik der vorhandenen Ungeklärtheiten und Mißstände begnügen, sondern unbeeinträchtigt auf die zahlreichen Mängel und Lücken des Arbeiterschutzes hinweisen und ganz entschieden für die notwendigen Reformen eintreten, beweisen, daß die preussische Gewerbeinspektion noch nicht so völlig verbürokratisiert ist, wie die sächsische, deren ganzes Bestreben darauf hinausläuft, die bestehende Ausbeutungsbahn zu bewahren und die Mißstände sorgfältig vor etwaigen sozialdemokratischen Augen zu verbergen.

Seider ist dies der einzige Vorzug der preussischen Gewerbeinspektion, die in anderer Beziehung himmelweit hinter denen anderer Einzelstaaten zurücksteht. Wer die eingehende Arbeiterstatistik der süddeutschen und sächsischen Berichte schaut, wird diesen Vorzug in den preussischen Berichten vergebens suchen; dort werden noch immer bloß die weiblichen und jugendlichen Fabrikarbeiter, und selbst diese noch nicht einmal richtig gezählt, und die unzulängliche Beamtenschaft im Verein mit den großen Gebietsausdehnungen bewirken, daß noch nicht einmal die Hälfte aller revisionspflichtigen Betriebe revidiert werden. Preußen zählt gegenwärtig 186 Aufsichtsbeamte gegen 180 im Vorjahre; das Revisionsverhältnis schwankt in den 10 Bezirken, von denen die Betriebszahlen vorliegen, zwischen 15,7 Prozent (Breslau) und 54 Prozent (Arnberg) der Betriebe und in 13 Bezirken, deren Arbeiterzahlen mitgeteilt sind, zwischen 47,2 Prozent (Berlin) und 85 Prozent (Arnberg) der Arbeiter, entspricht also noch lange nicht einmal den allerniedrigsten Ansprüchen. Die Beamtenschaft müßte demnach wenigstens verdoppelt, resp. von der Revisionsrevision entbunden werden, welche heute noch immer vielfach einen höheren Zeitaufwand, als die eigentliche Arbeiterschuttkontrolle bedingt. Der Kasseler Beamte hat die Betriebsrevisionen regelmäßig mit den Kassenuntersuchungen verbunden und glaubt sich auf diese Kombination stützen zu können, ohne daran zu denken, wie sehr er dabei den Bericht der Gewerbeaufsicht beeinträchtigt; sein Bericht zeigt die Folgen davon sehr deutlich.

Eine Quelle steter Erschwerungen und Klagen bildet die Mitwirkung der Polizeibehörden, die besonders auf dem Lande und in den Kleinstädten dieser Aufgabe nicht gewachsen sind. Mehrere Gewerberäte machen die Verwendung ungeeigneter Unterbeamter dafür verantwortlich und wünschen, daß höhere Beamte, ja, möglichst die Bürgermeister selbst die Betriebsrevisionen leiteten, wodurch aber z. B. die Revisionen schwerlich besser ausfallen würden, da eben die politischen Aufgaben auf einem der Gewerbeaufsicht völlig entgegengegesetzten Gebiete liegen. Da hilft eben nur eine gründliche Reorganisation unter Berücksichtigung der längst bekannten Arbeiterforderungen: Anstellung von Arbeiterbeigeordneten, Kerzten und weiblichen Inspektoren. Aber davon will die preussische

Regierung noch nichts wissen, sie hat sich von Hessen, Bayern und Sachsen-Weimar überflügeln lassen. Wie manche Polizeibehörden ihres Amtes walteten, mögen folgende Beispiele illustrieren. Bekanntlich liegt ihnen die Arbeiterzählung ob, wobei manche Behörden nach Angabe zahlreicher Berichte ihren Befähigungsnachweis dadurch erbrachten, daß sie die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder nicht entfernt richtig ermittelten, so daß die Inspektoren allein bei ihren Revisionen mehr Kinder fanden, als die behördliche Zählung ergab. In Sachen der Ausnahmegewilligungen für Sonntagsarbeit und Ueberarbeit für Arbeiterinnen wird ihnen verschiedentlich Unkenntnis und Mangel an Sorgfalt bei Prüfung der gesetzlichen Zulässigkeit vorgeworfen und hinsichtlich der Unfallmeldung beschwerten sich manche Gewerberäte, von den Polizeibehörden nicht richtig bedient zu sein. Im Bezirke Trier gab ein Polizeiwachmeister einem Unternehmer ganz verkehrte Anleitungen und zwei andere Unterbeamte gerieten gar gelegentlich einer Revision in Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Gesetzes, so daß der anwesende Fabrikant glauben mußte, das Gesetz ließe verschiedene Auslegungen zu und Jeder könne sich sein Bestes herauslesen. Daß aber endlich einmal mit diesem Dualismus gebrochen werde, davon hört man nichts.

Ueber den Verkehr mit den Arbeitgebern sind die meisten Berichte des Lobes voll; was für eine wirkliche energische Gewerbeinspektion gerade keine Schmeichelei sein dürfte. Wie sich die Unternehmer zu energischeren Beamten stellen, das lehren folgende Fälle: Im Bezirke Erfurt mußte der Gewerberath 11 mal die Hilfe der Polizeibehörde gegen renitente Unternehmer behufs Durchführung hygienischer Anordnungen in Anspruch nehmen. Im Bezirke Arnberg nahmen besonders die Vertreter größerer Werke den Beamten gegenüber eine scharfe Stellung ein, weil diese sich öfters zur Anordnung sanitärer Einrichtungen veranlaßt sahen, und eine chemische Fabrik beschwerte sich gar beim Oberpräsidenten über „unbefugtes, gewalttames Eindringen in fremdes Eigentum“, weil ein Beamter das Werk ordnungsgemäß Sonntags revidiert hatte, ohne die Dazukunft des Betriebsleiters abzuwarten. Auch im Bezirke Trier verbat sich ein Unternehmer das Betreten seines Betriebes ohne sein Beistehen; er wurde jedoch dahin beschieden, daß dann der Gewerbeinspektor jedesmal einen Gensdarmen als Begleitung mitbringen werde.

Noch drastischer ist folgender im Bezirke Arnberg passierte Fall. Dort beschwerte sich ein Arbeiter darüber, daß er, entgegen den Unfallverhütungsvorschriften die Transmissionsen während des Ganges schmieren müsse, wünschte aber aus Furcht vor Entlassung ungenannt zu bleiben. Eine auffällige Revision bestätigte die Angaben; die Firma sagte eine Abstellung dieses Mißstandes zu und zeigte dieselbe sogar später der Inspektion schriftlich als geschehen an. Dem Arbeiter wurden aber nicht nur eruste Vorwürfe gemacht, sondern er muß auch noch wie vor die verbotene gefährliche Arbeit thun. Was aber das Seltsamste ist — die Gewerbeinspektion erkennt die Abstellung dieser Ungeklärtheit in Rücksicht auf die gefährdete Stellung des Arbeiters als unmöglich an und behauert bloß, daß solche Fälle öfters vorkämen und in Arbeiterkreisen leicht zu dem Glauben verleiteten, es fehle den Beamten an gutem Willen oder an Macht, wirksam einzuschreiten. Dem gegenüber müssen wir doch fragen, was der Gewerbeinspektion höher stehen muß: das gefährdete Leben des Arbeiters und das Ansehen des Gesetzes, sowie das der Inspektion, oder die Rücksicht auf eine so wie so wenig annehmbare und unhaltbare Stellung? Das gäbe ja wundervolle Zustände, wenn diese zarte Rücksichtnahme mehr geübt und mehr ausgebaut würde!

Mehrere Beamte nehmen neuerdings im Verkehr mit der Arbeiterschaft einen eigenwilligen Standpunkt ein; sie lehnen Vermittlung der Parteien und Beschwerdekommissionen ab, weil sie glauben, durch direkte Aussprache mit den Beschwerdeführern besser zu fahren. Wir haben nichts dagegen, daß die Arbeiter direkt mit den Gewerbeinspektoren verkehren; wo aber noch eine weitgehende Schon vor dem Verkehr mit Beamten besteht, da trägt die Zurückweisung der Beschwerdekommissionen nur zur Entfremdung der Arbeiter bei. Deshalb neue Schranken aufrichten, die man glücklich beseitigt wüßte?

Die Tätigkeit der Aufsichtsbeamten war im Berichtsjahre eine erhöhte durch die Uebertragung von 19 speziellen Erhebungen über Arbeiterverhältnisse, Schutzeinrichtungen, hygienische Zustände z., darunter auch je eine Erhebung über die Durchführung der Grundätze für Schwingelstühle und über Belastigungen bei der Herstellung von Gussstahlgießeln für

Fahrräder, sowie über die gesundheitlichen Verhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion.

Im Ganzen fanden 51,298 Revisionen in 38,636 Betrieben statt, davon 989 des Nachts und 2341 an Sonntagen. In diesen Betrieben wurden beschäftigt 1,398,328 Arbeiter, nämlich 87,192 Jugendliche, 252,068 Arbeiterinnen und 1,059,068 erwachsene Arbeiter. In 2942 revidierten Anlagen der Metallindustrie wurden gezählt 13,972 Jugendliche, 14,412 Arbeiterinnen und 133,899 erwachsene Arbeiter, zusammen 162,283 Arbeiter, in 2333 Betrieben der Maschinenindustrie 9206 Jugendliche, 5045 Arbeiterinnen und 168,119 erwachsene Arbeiter, insgesamt 182,368 Arbeiter.

Die Jugendausbeutung ist auch in Preußen gestiegen. 1895 beschäftigten 20,747 Anlagen 110,975 Jugendliche und 802 Kinder, im Berichtsjahre aber 21,955 Anlagen 121,266 Jugendliche und 988 Kinder, ein Mehr der Anlagen von 5,8 Prozent, der Jugendlichen von 9,3 Prozent und der Kinder von 22,7 Prozent. Noch rascher sind diese Zahlen gestiegen in der Metall- und Maschinenindustrie. Hier vermehrten sich die Anlagen mit Jugendlichen von 2945, bezw. 2146 auf 3129, resp. 2372, also um 6,2 Prozent und 10,4 Prozent; die Zahl der Jugendlichen wuchs auf 20,639, resp. 12,940 oder um 15,4 Prozent, bezw. 21,1 Prozent und die Kinderzahlen stiegen auf 137, bezw. 50 oder um 35,8 und 38 Prozent. Inbezug erfährt die preussische Zählung die wahre Kinderarbeit nur zum geringsten Theil, da der späte Zähltermin Tausende von Kindern, die vor dem 14. Jahre die Schule verlassen, aber bis Anfang Dezember die Kindergrenze überschritten, unermittelt läßt. Es wird nachgerade Zeit, daß eine Aenderung dieses Zustandes bewirkt wird, wenn sich die preussische Regierung nicht mit dem Obium belasten will, abgesehen die Kinderzahl zu verschleiern. Der geeignetste Termin der Arbeiterzählung ist der sächsische am Anfang Mai. Auf die schlechte Qualifikation der Polizeibehörden zur Arbeiterzählung haben wir bereits hingewiesen; aber auch die Berichte tragen zur künstlichen Verschleierung der Kinder- und Jugendausbeutung bei. So wurden im Bezirke Sigmaringen von den Anlagen, die Jugendliche beschäftigten, 20 weniger, als im Vorjahre gezählt, weil dort hinsichtlich der Zählung andere Anweisungen erlassen, d. h. eine Reihe von Betrieben aus der Fabrikliste gestrichen wurden. Im Bezirke Siegen wurden 67 Schulkinder in Buchdruckanstalten beim Falzen beschäftigt, was die Gerichte nicht als Fabrikarbeit erachteten. Im Bezirke Hannover wurden zwei Strohhüllensfabriken, gegen die Strafantrag wegen verbotener Kinderarbeit gestellt war, als hausindustrielle Betriebe erachtet. Die Folge davon war, daß die Besitzer die vorher entlassenen Schulkinder schleunigst wieder einstellten und der Eine sogar 8jährige Mädchen in einem ehemaligen Stall beschäftigte.

Den Hauptantheil der Schulkinderarbeit konsumiert noch immer die Hausindustrie. Hören wir darüber die Meinungen einiger Gewerberäte. Der Erfurter Beamte beklagt die andauernde, ausgedehnte und schädliche Verwendung von Kindern zum Garnspulen in der Hausindustrie des Eichsfeldes und in der Glasindustrie; der Windener Beamte führt wieder die Zigarenhausindustrie mit ihren in Folge verschärfter Konkurrenz völlig unhaltbar gewordenen Zuständen als Beleg für notwendige Reformen an und erwähnt, daß selbst wohlwollende Fabrikanten sich für eine Beschränkung der Hausindustrie, allerdings nur im Sinne eines Reglements über Lustraum z. ausgesprochen hätten. Im Bezirke Arnberg sind in der Herolzheimer Haus(Nadel-)industrie 646 Schulkinder beschäftigt und ungezählte Hunderte arbeiten in der westfälischen Kleinfabrikation, in der Knopffabrikation zu Lüdenscheid und Neheim, sowie in der Textilindustrie zu Laasphe und Fredeburg. Im Kreise Schwelm nimmt die Kinderbeschäftigung in der hausindustriellen Bandweberei einen immer größeren Umfang an, die Kinder werden um jede freie Zeit und Erholung gebracht und müssen sogar ihre Schularbeiten in der Werkstatt machen. Da es sich hierbei meist um kleine motorische Werkstätten handelt, so befürwortet der Beamte die Inkräftsetzung des § 154,3 der Gew.-Ordnung. Im Bezirke Düsseldorf greift die Jugendausbeutung unter der Solinger Kleinfabrikation immer bedenklicher Platz, so daß die kleinen Meister selbst eine Abstellung dieses Mißstandes wünschen, aber als Einzelne vergebens dagegen ankämpfen. Sie haben nur eine vorläufige Regelung im Messerschleifer-Bereich getroffen, wonach jeder Meister fortan nur noch einen Lehrling halten dürfe. Diese Verabredung wird lebhaft dazu dienen, übertreten zu werden und die Schwäche des freien Vertragsbogens zu beweisen.

Auch dieser Beamte spricht sich für die Inkräftsetzung des Arbeiterschutzes bez. der motorischen Werkstätten aus; gleichzeitig wünscht er aber die Ausdehnung der Fabrikbeschränkungen auch auf die Hausindustrie, nachdem er die Kinderausbeutung in der Krefelder Seidenweberei und in der Darmer Textilindustrie mit ihren gesundheitsschädigenden Wirkungen geschildert hat. Im Bezirke Aachen endlich herrschen ebenfalls noch die alten Mißstände; 2000 Schulkinder werden in Aachen und Burtscheid und über 1000 in Stollberg und Umgegend beschäftigt, und die Lehrer beklagen sich, daß die Kinder während des Unterrichts träge und unaufmerksam seien, ihre häuslichen Arbeiten vernachlässigten und eine müde, kraftlose Haltung zeigten. Trotzdem erachtet es der Aachener Beamte Weber für angängig, noch als wünschenswert, diese Hausindustrie zu unterbinden oder auch nur einzuschränken, weil dadurch die durchweg arme Industriebevölkerung geschädigt werde. Um den schlimmsten Schäden entgegenzuwirken, hätten sich die beteiligten Firmen bereit erklärt, denjenigen Eltern, die ihre Kinder offenbar mißbräuchlich ausnützen, die Hausarbeit zu verweigern, — ein sehr fragwürdiger Beschluß, dessen Ausführung Niemand kontrollieren kann. Der Gewerberath gibt selbst zu, daß dadurch eine durchgreifende Besserung nicht erzielt werden kann. Nun hat aber die dortige Regierung eine neue Schulordnung erlassen, welche den Unterricht pro Stunde auf 50 Minuten beschränkt; die hierdurch gewonnene Zeit soll zu Freiübungen, Turnspielen zc. verwendet werden. Auch aus dieser Kräftigung der Kinder werden in letzter Linie die Fabrikanten den Nutzen ziehen, wie eben der Erfolg aller halben Maßnahmen lediglich der Ausbeutung zu Gute kommt. Das ist preussische Sozialpolitik. Analog der Jugendausbeutung zeigt sich auch eine Zunahme der schwereren Jugendschutzvergehen, so bez. der Fälle zu langer Kinderbeschäftigung von 253 auf 321, bez. verbotener Nachtarbeit von 90 auf 91 und bez. verbotener Sonntagsarbeit von 129 auf 179 Fälle zc. Insgesamt wurden 9895 Vergehen in 4740 Anlagen ermittelt, wovon auf die Metallindustrie 1159 Vergehen in 570 Anlagen, auf die Maschinenindustrie 937 Vergehen in 406 Anlagen kommen. Bestraft wurden nur 824, bezw. 145 und 54 Personen. Einige dreiste Uebertretungen kamen im Bezirke Düsseldorf vor; dort beschäftigten ein Duisburger Kachelwerk und eine M.-Glabbacher Weberei ihre Jugendlichen ununterbrochen 22 und 22½ Stunden lang.

Mehrfach haben größere Maschinen- und Metallwaarenfabriken von einer anderweitigen Pausenregelung für ihre jugendlichen Arbeiter Gebrauch gemacht; hierbei kam es aber auch zu ungeleglichen Bewilligungen, wie z. B. einer Schraubenfabrik im Bezirke Arnberg gestattet wurde, ihre Jugendlichen an mehreren Sonntagen bis zu 13 Stunden zu beschäftigen, welche Erlaubnis als gesetzlich unzulässig zurückgenommen wurde. Einen breiten Umfang nehmen in den Bezirken die Klagen über Lehrlingszuchterei ein, wobei zwei Gegensätze zum Vorschein kommen, einmal das Bestreben der Großindustriellen, sich der Lehrlingsausbildung möglichst zu entziehen, und dann die Zwangslage der Kleinunternehmer, möglichst zahlreiche billige Arbeitskräfte auszubilden. So entwickelt sich eine krasse Lehrlingszuchterei namentlich dort, wo neben einer breiten Großindustrie noch viele Kleinmeister ihr Dasein fristen. Daß selbst „staatliche Musterbetriebe“ den Gepflogenheiten der Großindustriellen huldigen, beweist der Potsdamer Bericht, der die Lehrlingszuchterei in Spandau und Umgegend darauf zurückführt, daß die kgl. Gewehrfabrik nicht genug Lehrlinge annehme und somit die Söhne ihrer zahlreichen Arbeiterschaft in die kleinen Werkstätten dränge. Daraus ist ein Mißverhältnis entstanden, einmal ein Mangel an tüchtigen, gelerntem Arbeitern und andererseits ein Ueberfluß an Lehrlingen, die nichts Rechtes gelernt haben. Der Potsdamer Beamte schlägt der kgl. Gewehrfabrik die Errichtung von Lehrwerkstätten vor, wie sie sich seit Langem im Eisenbahndepot bewährt haben. Ueberhaupt wäre eine Unterstützung der Lehrwerkstättenreform zu wünschen, aber es ist ja bekannt, daß für Kulturaufgaben in Preußen kein Geld vorhanden ist. Wie sich die Lehrlingszuchterei zum Lehrlingshandel entwickelt, das zeigt uns der Arnberger Bericht, welcher mittheilt, daß sich in Berlin ein Gewerbebureau zur Unterbringung von Lehrlingen aller Berufe“ etabliert hat, das die Provinzen mit diesen gesuchten billigen Kräften versorgt und einem überberühmten, mehrfach mit Zuchthaus vorbestraften Korbmacher im Bezirke Hagen mehrere Jungens verschafft hat. Unter den Gewerben, in denen Lehrlinge zucht hausmäßig gezüchtet werden, ragt fast überall die Schlosserei hervor.

Der Schutz der Bleiarbeiter.

Hierüber schreibt das „Hamburger Echo“: So schleichend und heimtückisch ist kein Gift, wie das Blei. Kein anderes weiß auf so mannigfaltigem Wege in den Körper zu dringen. Auf einem Schiffe wurden die Köche immer, nachdem sie einige Zeit auf dem Schiffe waren, von heftiger Bleikolik ergriffen. Man wußte lange nicht, auf welche Weise sie sich vergiftet haben konnten. Da stellte es sich heraus, daß sie die Gewohnheit hatten, barfuß auf dem warmen Fußboden der Küche zu stehen, der mit Bleiplatten belegt war. Dabei war das Blei durch die Füße in den Körper gedrungen und hatte dann die Vergiftungsercheinungen hervorgerufen. Schnupftabak, der nur in bleihaltiges Staniol eingewickelt war, erzeugte mehrfach, einige Zeit gebraucht, Bleivergiftungen. Auf den verschiedensten Wegen dringt das Blei in den Körper, durch die Haut, die Lunge, den Magen. Dabei übt mit der Zeit auch die allergeringste Menge, wenn sie öfter aufgenommen wird, die stärkste Giftwirkung. Das Blei wirkt dabei kumulativ. Es wird so lange jede, auch die kleinste Menge, im Körper zurückgehalten, bis es sich daselbst so stark angehäuft hat, daß es heftige Vergiftungsercheinungen hervorruft, seien es furchtbare Kolikanfälle, Lungenleiden, Lähmungen der Muskeln oder Nervenleiden. Ja, dieses Gift bleibt so hartnäckig im Körper, daß Menschen, die einmal an Bleivergiftung erkrankt gewesen waren, obgleich sie nie wieder mit Blei in Berührung kamen, noch nach Jahren zu Grunde gingen unter Erscheinungen, die keinen Zweifel ließen, daß es sich noch um die Wirkung des im Körper aufgespeicherten Bleies handelte. An viele andere Gifte kann sich der Körper gewöhnen, an Blei niemals. Sowohl metallisches Blei, wie Bleiverbindungen werden vermöge ihrer physikalischen Eigenschaften leicht vom Körper aufgenommen. Sie haften leicht an der Haut und den dieselbe bedeckenden Kleidern, färben sehr ab, stauben leicht und verdampfen schon bei verhältnismäßig niedriger Temperatur.

Alle diese Umstände haben die Reichsregierung bewogen, durch eine Spezialbekanntmachung des Reichskanzlers vom 12. April 1886 Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter gegen Bleivergiftungen zu erlassen. Aber diese Bekanntmachung, die eine Reihe sehr zweckmäßiger, wenn auch nicht in allen Fällen genügender Bestimmungen enthält, leidet wie so viele sozialpolitische Maßnahmen bei uns an großer Halbheit. Sie erstreckt sich nämlich nur auf die in Bleifarben- und Bleizuckerfabriken beschäftigten Arbeiter, obgleich die Fabrikinspektoren in ihren Berichten vielfach darauf hingewiesen haben, daß auch in vielen anderen Berufsweisen die Gesundheit der Arbeiter durch Bleivergiftung geschädigt wird. Das Blei beschränkt eben seine giftige Wirkung nicht auf die Arbeiter zweier Fabrikationszweige, der Bleifarben- und der Bleizuckerfabriken.

Die Reichsbehörde gibt auch diese Mangelhaftigkeit der Bestimmungen zu, indem sie sich genöthigt sieht, für die Akkumulatorenfabriken ähnliche Bestimmungen zu erlassen. Aber noch in einer großen Zahl anderer Berufe, die das metallische Blei oder Bleiprodukte herstellen oder es metallisch oder in Bleiverbindungen verarbeiten, übt das Blei dieselbe schädliche Wirkung auf die Gesundheit der Arbeiter aus. Dahin gehören die Bleirohr-, Bleischrot-, Bleifolie-, Bleikapsel-, die Bleibücher, die Feilenhauer, Schriftgießer und -Setzer, die Ausschläger in Blumenfabriken, Ofenschmelzglasler, die Maler und Anstreicher sind ebenso Schädigungen ihrer Gesundheit durch Blei ausgesetzt. Aber am schlimmsten sind die Arbeiter in den Bleihütten daran, und wenn irgend wo, so sind hier ebenso sehr Schutzbestimmungen nöthig, als in Bleifarbenfabriken. Hier sind die Arbeiter besonders den schädlichen Wirkungen der Bleidämpfe und des Bleistaubes ausgesetzt. Man hat ja auf Anregung der Gewerbeaufsichtsbeamten in den letzten zehn Jahren eine gewisse Ventilation dieser Arbeitsräume einzurichten gesucht, aber meist ist diese Verbesserung wegen der dabei geübten großen Sparsamkeit ganz unzulänglich und mangelhaft geblieben. Statt die Arbeitsräume entsprechend zu erhöhen, und Luft und Licht reichlich Zutritt zu verschaffen, durch weite Fenster und große Lüftungsräume, hat man sich meist begnügt, in den Fenstern einige Luftlöcher anzubringen und läßt sonst Alles beim Alten. Selbst in der Silberhütte zu Clausthal werden erst jetzt die Arbeitsräume erhöht und ordentliche Thüren und Fenster angebracht.

Die Bleidämpfe treffen die Arbeiter namentlich beim Flammen- und beim Schachtofenbetrieb. Namentlich beim Herausziehen der bleiischen Klümpchen aus den Ofen und beim Abstreifen des Bleies strömen die Bleidämpfe in den Arbeitsraum. Beim Schachtofen-

betriebe, bei dem sich von jeher die meisten Bleierkrankungsfälle zeigen, läßt sich wegen der leichten Flüchtigkeit des Bleies und der hohen Temperatur, mit welcher die Produkte des Schachtofens, Blei, Bleistein und Schlacke, aus dem Ofen gezogen werden, die Entstehung von Bleidämpfen vermeiden. Haben nun die im Innern des Ofens unter dem Druck des Gebläsewindes reichlich entstehenden Dämpfe nicht sehr guten Abzug, so treten sie statt in den Abzugschlot durch das Schlackenauge, den Bleistich und die Sicht in den Arbeitsraum. Diese Gefahr kann nur durch Anbringung von Blechhauben über den genannten Oeffnungen vorgebeugt werden, die alle in die Ofenoffen, die sehr gut ziehen muß, oder in den Luftschacht münden. Solche Blechhauben sollten bei jedem Schacht- und Flammenofen über jeder der vorgenannten Oeffnungen obligatorisch sein, wenn auch das Arbeiten unter denselben etwas beschwerlich ist. Sie sind aber an vielen Stellen noch nicht eingerichtet.

Bei der Entsilberung des Bleies in den Treiböfen leiden die Arbeiter unter dem sich massenhaft entwickelnden Glättestaube, indem sich bei der Schuppen- und Stückenbildung der Glätte viel feiner Staub absondert. Dies kann nur durch fleißiges Besprengen der allmählich erkaltenden Glätte mit Wasser wenigstens zum Theil verhütet werden. Auch beim Mahlen und Sieben der Glätte in den Separationströmmeln sind die Arbeiter sehr dem Bleiglättestaube ausgesetzt. Alle diese Arbeiten sollten nur mit Respiratoren versehen vorgenommen werden, so lästig das Tragen derselben auch für die Arbeiter ist.

Eine weitere Quelle der Bleierkrankungen ist der Hüttenrauch, ein Gemenge von staubförmigen, festen Körpern, dem sogenannten Flugstaub, der durch den Gasstrom mechanisch mit aus dem Ofen fortgerissen wird und von den Gasen und dampfförmigen Metallen (Blei und Zink). Im Oberharz enthält er nach Schnabel 34,8 Proz. Blei, in Gms 67,04 Proz. und Freiberg 35,2 Proz. Durch ihn werden außer den Ofenarbeitern auch andere Arbeiter der Hütte mit Bleivergiftung heimgeführt. Auch legt sich derselbe auf die in der Umgebung der Hütte befindliche Vegetation und Febrvieh. Pferde, Rinder und Schafe sind durch Futter, das in der Nähe von Bleihütten gerettet war, von Bleivergiftung betroffen worden und derselben erlegen.

Das Blei kann nun zum größten Theile aus dem Hüttenrauche entfernt werden, wenn derselbe, ehe er in die Atmosphäre bringen kann, Staubkammern passieren muß, deshalb sollte die Anbringung genügender Staubkammern überall obligatorisch sein. Die abführende Oberfläche derselben wird noch sehr wirksam durch Anbringen von Drahtnetzen vergrößert. Durch die Staubkammern wird auch eine Menge Material wieder gewonnen. Wie groß dieselbe ist, kann man daraus ersehen, daß auf der Friedrichshütte in Carnowitz jährlich 1500 Tonnen Flugstaub durch die Staubkammern festgehalten werden, auf einen Ofen zirka 83 Tonnen. Es wurden daraus 88 Kilogramm Silber und 672 Tonnen Blei im Werthe von 87 000 M. gewonnen. Würde der Zug der Esse noch verstärkt, so daß Drahtgeflechte in die Staubkammern eingeschaltet werden könnten, so könnten noch 50 Prozent mehr wieder gewonnen werden. Daher sollte jeder Bleihütte ohne Flugstaubkammern polizeilich der Betrieb untersagt werden. Auch sollten die Essen mindestens 100 Meter hoch sein müssen, auch wenn die Maximalzugkraft bei 50 Meter erreicht wird, um den entweichenden Rauch auf eine möglichst große Landfläche zu verbreiten.

Für die gefährlichen Arbeiten, namentlich an den Ofen und für die Glättearbeiten, müßte auch vierzehntägiger Arbeiterwechsel angeordnet werden; ebenso müßte die Schichtdauer, wie für die Bleifarbenarbeiter gesetzlich begrenzt werden.

Der Flugstaub ist nicht die einzige Ursache, daß auch die in den Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter verhältnismäßig von Bleierkrankheiten befallen werden. Viel tragen auch die meist mangelhaften Einrichtungen zur Körperreinigung dazu bei, worauf auch der Knappschafftsarzt Dr. Wegener in Clausthal aufmerksam gemacht hat. Gründliche Körperreinigung ist nach Ablegung der Arbeiterkleider nur in vollen Bädern unter Benutzung von Seife zu erreichen. Die Furcht vor Erkältung nach warmen Bädern ist abergläubisch, da heiße Bäder gerade vor Erkältung schützen, wenn sie nur heiß genommen werden. Wie in Bleifarbenfabriken müßten auch in den Bleihütten den Arbeitern jede Woche reine Arbeitskleider geliefert werden. Ebenso notwendig sind gesonderte saubere Schränke. Dr. Wegener in Clausthal empfiehlt als Prophylaktikum gegen Bleivergiftung namentlich dünnes Lagerbrot; von anderer Seite wird der Ruch der Borax gegeben.

Wesentlich ist aber überhaupt gute, nahrhafte Kost und Vermeidung von Spirituosen.

Kurz, für den Betrieb in den Bleihütten ist der Erlaß von ähnlichen Bestimmungen wie für die Bleifarbenfabriken ebenso dringend geboten wie für letztere. Daß hierdurch eine bedeutende Besserung des Gesundheitszustandes der betreffenden Arbeiter erreicht werden kann, zeigen folgende Zusammenstellungen der Erkrankungen auf der Friedrichshütte bei Tarnowitz in Oberschlesien und der in Pirbram in Böhmen, auf denen in den letzten Jahren hygienische Verbesserungen in größerem Umfange durchgeführt worden sind. Auf dem Schachtbetrieb der Friedrichshütte kamen vor:

Jahr	Arbeiterzahl	Anzahl auf 100 Arbeiter
1887/88	164	136
1888/89	130	62
1889/90	140	58
1890/91	138	1 ^a 13,8
1891/92	124	24

Vergleich der Krankheitsstatistik der Harzer Hütten und der Pirbramer Hütten:

Ort	Krankheitsfälle auf 100 Mann pro Jahr		
	im Ganz.	Bleitranth.	andere
Oberharzer Hütten 1886/90	57,13	15,90	41,23
Unterharzer " "	74,13	16,84	57,29
Pirbramer " 1884/88	43,24	3,2	40,04

Ebenso wie die Bleihüttenarbeiter bedürfen die Bleirohr-, Bleischrot- und Bleikapselarbeiter wirksamere Schutzbestimmungen, desgleichen Lötger, Feilenhauer, Ausschläger, Maler und Anstreicher. Daß für Schriftgießer und Schriftsetzer wirksamere Schutzbestimmungen notwendig sind, ist selbst vom Minister d. Wittlicher im Reichstage erklärt worden und sind dieselben mit dem 31. Juli ds. Js. vom Bundesrathe bekannt gegeben. Auch beim Gebrauch von Wirtschaftsgegenständen, selbst bei Nahrungs- und Genußmitteln ist zuweilen Vorsicht wegen Bleivergiftung geboten. Wir kommen vielleicht ein anderes Mal hierauf zurück; heute kam es uns darauf an, zu zeigen, wie mangelhaft der Schutz bei vielen Arten gewerblicher Arbeiter bis heute bei uns ist und wie er besser sein könnte.

Die Stellung deutscher Ingenieure gegenüber streikenden Arbeitern.

Der große Streik der englischen Maschinenbauer hat deutschen Ingenieuren Veranlassung gegeben, sich in einer Art und Weise über streikende Arbeiter zu äußern, welche vollen Anspruch hat, der Bergeshöhe entrisen und der Nachwelt erhalten zu werden, die aber auch mit vollem Recht Anspruch hat, vor allen Dingen von deutschen Arbeitern gebührend beachtet und gewürdigt zu werden.

Die Herren G. Minjin, Oberingenieur des Schlesischen Dampfessel-Überwachungsvereins, und E. Schwiber, Oberingenieur des Berliner Dampfessel-Überwachungsvereins, geben die „Mittheilungen aus der Praxis des Dampfessel- und Dampfmaschinen-Betriebs“ als „Organ des Centralverbandes der preussischen Dampfessel-Überwachungsvereine“ heraus. Die letzte Nummer dieser Zeitschrift bringt nun die (allen Anschein nach herzlich schlechte) Uebersetzung eines Artikels des englischen „Engineering“ über den Streik der Maschinenbauer in England.

Vergleichen wir auch die englischen Ingenieure gegen die Arbeiter in diesem Artikel Stellung nehmen, so geschieht dies hoch im Großen und Ganzen in einer Art und Weise, die wenigstens versucht, den Standpunkt in vernünftiger Form zu begründen. Aber die Herren deutschen Ingenieure sehen sich veranlaßt, dem Artikel einige Anmerkungen beizufügen, durch welche die arbeitereindliche Tendenz desselben in einer höchst schäffigen Weise verschärft wird.

„Es kann nicht bezweifelt werden“ — beginnt der Artikel —, „daß, sofern nicht bessere Maßregeln durchbringen, diese Woche ein Streik von großer Bedeutung in Großbritannien beginnen wird. Die vereinten Maschinen-, Kessel- und Dampfmaschinenbauer (Arbeiter) haben zusammen ein Komitee gegründet und beschlossen, mit allen Kräften einen Achtstundentag zu erzwingen.“ — Die Herren Minjin und Schwiber fügen nun hinzu: „Nach heutigen Zeitungsnachrichten streiken am 19. Juli bereits 100 000 Maschinenbauer in England, was jedenfalls dem deutschen Maschinenbau zu Gute kommen wird.“

Die Herren schlagen mit diesem Krampf zwei Fliegen mit einer Klappe; sie erzeugen bei den deutschen Fabrikanten die angenehme Empfindung, in Folge dieses Streiks verschiedene Aufträge zu erhalten, die von den englischen Firmen nicht erledigt werden können und zeigen durch die Worte: „was jedenfalls dem deutschen Maschinenbau zu Gute kommen wird“ die

englischen Fabrikanten auf, dem Streik möglichst bald durch geschlossenes Zusammenhalten ein Ende zu machen. Daß es gerade ein besonders stark entwickelter ethischer Standpunkt ist, in einem Referat über einen Streik gleich die Vortheile, die eine deutsche Interessengruppe eventuell davon haben kann, hervorzuheben, daß daraus nicht ein Egoismus schlimmster Art spricht, das wird jedenfalls von den Herren selbst nach den „Moral“-begriffen der deutschen Bourgeoisie nicht behauptet werden können.

Die englische Zeitschrift sagt weiter: „Es will uns deshalb scheinen, daß beide Theile sich gegenwärtig zu einem wilden Kampfe rüsten und wenn die Arbeitgeber zusammenhalten, so wird auch diese Schlacht zu ihrem Glück entschieden werden. Da die industriellen Kämpfe (Streiks) stets unheilbringend sind, so ist es besser, falls der Zufall beide Theile zusammenführen sollte, daß die eine oder andere Seite ihre ganze Schwäche offenbart, so daß nachher bald Frieden geschlossen werden kann. Für Arbeitgeber ist es stets sehr schwer, zusammenzuhalten; die Streikenden haben aber ein sehr einfaches und sehr wirksames Mittel dagegen dadurch, daß sie ihre eigenen Kollegen nicht unterstützen.“

Jetzt leisten sich die Herren deutschen Redakteure folgende Anmerkung: „Der Breslauer Streik der Kupferschmiede wurde dadurch bald zu Ungunsten der Arbeitnehmer entschieden, daß die neuen zuziehenden Kupferschmiedegesellen sämtlich durch die Führer des Streiks vor Aufnahme der Arbeit gewarnt wurden, um den armen Theilnehmern am Streik das Brod nicht zu nehmen. — In Folge dieser freundschaftlichen Warnung legten sie sofort die kaum aufgenommene Arbeit nieder und ließen sich aus der Streikkasse so lange bezahlen, bis diese leer war. — Natürlich dauerte es nicht lange, bis auch das Streiken der Kasse (!) dem ursprünglichen Streik der Kupferschmiede ein jähes, nicht so schnell erwartetes Ende machte! Probatum est! Wir empfehlen dies vorzügliche Mittel zur Beilegung aller trivialen Streiks ferneren Interessenten.“

Daß jeder Streik, den Arbeiter zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen führen, ein „trivoler“ nach der Meinung solcher Leute ist, dürfte ja allgemein bekannt sein. Allerdings müssen sich diese Leute dann auch mit Recht fragen lassen, daß sie für die Beuretheilung derartiger Fragen noch lange nicht reif sind, daß sie von sozialen Zuständen, die dringend der Verbesserung und Umgestaltung bedürfen, nicht der Ahnung blassen Dämmersehen haben. Freilich die Herren von den Dampfesselüberwachungsvereinen, die bei 7 bis 8stündiger Arbeitszeit ein monatliches Einkommen von 200—400 M beziehen, die außerdem noch die Spesen, die sie bei der Beschäftigung entfernt liegender Kessel haben, liquidieren können, haben nicht nöthig zu streiken. Daß die deutschen Ingenieure — mit wenigen Ausnahmen — den bewegenden Fragen auf sozialem Gebiete unserer Zeit ohne Verständnis gegenüberstehen, ist zwar außerordentlich traurig, ist aber trotzdem wahr. Theilweise kommt diese Verständnislosigkeit und Unkenntniß daher, daß auf den hohen Schulen und Lehrniten nationalökonomische und sozialpolitische Vorlesungen fast überhaupt nicht gehalten werden, wo aber wirklich derartige Vorlesungen eingerichtet sind, da nimmt es der zukünftige deutsche Ingenieur meistens nicht wahr, daran Theil zu nehmen. Andererseits kommt auch das eingebildete Selbstbewußtsein dieser Berufsklasse hinzu; sie meinen als „Ingenieur“ etwas ganz besonders Gutes gegenüber den Arbeitern zu sein. —

Daß aber gerade die Zeitschrift des Kesselüberwachungsvereins eine derartige Unkenntniß in sozialpolitischen Dingen zeigt, ist doppelt bedauerlich, da die Ingenieure dieser Vereine hin und wieder zu Fabrikinspektoren ernannt werden. Es braucht dann auch kein Wunder zu nehmen, wenn diese Herren als Fabrikinspektoren in ihren Jahresberichten fortfahren, denselben tendenziösen Unfuss zu veröffentlichen. C—

Die Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer.

Nach den offiziellen Berichten des Generalsekretärs der Maschinenbauer sind jetzt unabhängig: Mitglieder der Maschinenbauergewerkschaft 17,500 Mann, anderer Gewerkschafter 10,000 Mann, unorganisirte 7500, ungeleitete Arbeiter 10,000 Mann. Diese 45,000 Mann haben am 14. August zusammen 27,000 Pfund Sterling, oder 540,000 M Streikunterstützung empfangen erhalten.

Der Generalsekretär der Maschinenbauer-Gewerkschaft, Mr. Barnes, stellte in einer Versammlung die Lage trotz der Aussperrungen in Sheffield und Ditham als beruhigend dar. Diese neuesten Aussperrungen hielten die Zahl der unabhängigen Mitglieder gewisser Gewerkschaft auf 20,000, die vollständig zusammen 17,000 Pfund Sterling Streikunterstützung zu empfangen haben. Beinahe die Hälfte dieser Summe wurde aufgebracht durch Unterbeiträge,

so daß aus der Kasse wöchentlich nur etwa 9000 Pfund Sterling genommen zu werden brauchen. —

In London haben jetzt insgesammt 208 Firmen mit 15,700 Arbeitern den Achtstundentag bewilligt, bei 29 Firmen dauert der Streik bezw. die Aussperrung fort. —

Der „Trif. Btg.“ wird geschrieben, daß, wenn die in Ditham, Sheffield und anderen Plätzen ergangenen Kündigungen perfekt geworden sein werden, die Zahl der Streikenden und Aussperrten etwa 66,000 betragen werde. Seitens der Arbeiter war die Forderung der 48 Stunden-Woche überhaupt nur für den Londoner Distrikt gestellt. Die merkwürdige Erscheinung, daß der Ausschluß in der Provinz so zunimmt, während in London, dem eigentlichen und ursprünglichen Schauplatz des Kampfes, die Arbeiter ihre Sache schon für gewonnen halten, erklärt sich der „Trif. Btg.“ zufolge daraus, daß die Londoner Vereinigung der Arbeitgeber um so eifriger um Bundesgenossen wirbt, je mehr es den Anschein gewinnt, als werde die Achtstundebewegung in London siegen. Es läßt sich annehmen, daß die Fabrikanten in der Provinz nicht immer ohne irgend einen mehr oder weniger leisen Druck dazu zu bewegen sind, um der Londoner Achtstundebewegung willen ihre Arbeiter zu entlassen, und ein Manifest der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer behauptet, daß von Seiten der mehr am Kampfe interessirten Arbeitgeber auf die weniger oder gar nicht interessirten ein Druck ausgeübt werde, welcher den Einschüchterungen und Drohungen, die bisweilen von streikenden Arbeitern ausgeübt werden, durchaus gleich zu erachten sei. Die Fabrikanten stehen unter einander in Geschäftsverbindung, und der eine arbeitet für den anderen. Dem erwähnten Manifest zufolge hätten größere Fabrikanten dadurch kleinere zu Bundesgenossen im Kampfe gegen die Arbeiter gemacht, daß sie ihnen angeboten hätten, sie würden ihnen anderen Falles künftig keine Aufträge mehr geben.

In Newcastle-on-Tyne haben auf den großen Elsworth-Schiffswerften am 21. August 700 Mann die Entlassung erhalten. Dasselbst hat eine Versammlung von Nicht-Gewerkschaftlern beschlossen, auch ferner zu den organisirten Maschinenbauern zu halten. Die Unwesenden verpflichteten sich, einer der Schiffs- oder Maschinenbau-Gewerkschaften beizutreten.

Eine Firma in Hartlepool machte bekannt, daß sie in Folge der andauernden Differenzen mit den Arbeitern der Maschinenwerfstätten zu Ende der letzten Woche ihre Angelegenheiten abzulösen werde. Von diesem Beschluß werden mehr als 2000 Mann betroffen.

Die schottischen Fabrikanten haben, wie der „Daily Chronicle“ aus Edinburgh gemeldet wird, beschlossen, „den Kampf bis auf's Messer“ zu führen. —

Die Schiffsreparatur-Werstätten an der Themse, die den Achtstundentag bereits eingeführt hatten, gehen mit der Absicht um, dem Unternehmer-Verbande beizutreten und damit die neunstündige Arbeitszeit wieder einzuführen. —

In London zirkulirt das Gerücht, die Unternehmer-Syndikate von London und Glasgow hätten durch einige ihrer Ingenieure auf dem Kontinente Schiffsbauwerke in Augenschein nehmen lassen, die von den englischen Syndikaten eventuell angekauft werden sollen und in denen dann weit billiger als in England produziert werden könnte. Das scheint indeß nur ein Schreckschuß zu sein; so sehr leicht lassen übrigens deutsche Kapitalisten ein Profit abwerfendes Objekt nicht los.

Ein Führer der Maschinenbauer hat, um eine Verständigung herbeizuführen, folgenden Vorschlag gemacht: Es soll die jetzige Arbeitszeit (9 1/2 Stunden pro Tag) an den ersten fünf Wochentagen beibehalten werden, am Freitag soll, um die 48 Stunden voll zu machen, noch eine halbe Stunde länger gearbeitet werden; am Sonnabend, an welchem Tage bisher die Werte um 12 Uhr Mittags schließen, würde dann gar nicht mehr gearbeitet werden.

Die Maschinenbauer in Bolton erheben in Folge der Ausdehnung des Kampfes jetzt eine Steuer von 8 Schillingen 9 Pence resp. 4 Schillingen per Woche, während sie bisher nur alle vierzehn Tage 3 Schillinge 9 Pence Streiksteuer entrichteten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen diejenigen Verwaltungen, die während der Aussperrung in Dänemark Mitglieder des „Dansk Smede- og Maskinarbejder Forbund“ in den Deutschen Metallarbeiter-Verband haben übertreten lassen, umgehend diese Bücher nach hier einzusenden, damit wir sie mit der Zeitung des obigen dänischen Verbandes austauschen können.

Bzüglich der Anwendung des § 23 Abs. 2 des Statuts herrscht noch verschiedentlich Unklarheit und geben wir zum besseren Verständnis nachstehend den betr. § bekannt.

§ 23 Abs. 2 lautet: „Der Vorstand ist berechtigt, Arbeiter, welche bereits einer Organisation angehören und in derselben ihre Beiträge bis zum Tage des Uebertritts in den Verband entrichtet haben, von der Verpflichtung, Eintrittsgeld zu zahlen, zu entbinden; dieselben erlangen sofort die Rechte ordentlicher Mitglieder, wenn sie die im Verband geltende Karenzzeit hindurch der anderen Organisation angehört haben.“

Um nun den Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten den aus dem Uebertritt erwachsenden Verkehr mit dem Vorstand zu erleichtern, geben wir folgendes bekannt: Das Mitgliedsbuch eines jeden sich zum Uebertritt Meldenden ist einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Es ist festzustellen, wie weit er seine Beiträge bezahlt und ob er nach der Beitragszahlung überhaupt noch Mitglied der bisherigen Organisation ist. Ferner: Wie viel er aus dem betr. Verband an Reise-geld bezogen und ob er nicht schon ausgezahlt ist. Diese Feststellungen sind mit dem Antrage auf Uebertritt und unter Angabe der genauen Personalien an den Vorstand einzusenden.

Wird seitens des Vorstandes der Uebertritt genehmigt, so ist dem Betreffenden das Mitgliedsbuch unseres Verbandes kostenfrei auszufertigen und in dasselbe sowohl der Tag des Uebertritts zur früheren Organisation als auch der Tag des Uebertritts, sowie der Zeitpunkt, an dem der Betreffende Reisegebührenberechtigt wird, (genau ein Jahr nach dem Tage des Uebertritts zur früheren Organisation) und die bis-

herigen Reisegeld- und Unterstützungsbezüge in der früheren Organisation einzutragen und das Buch gegen Abnahme des früheren einzuhandigen. Das abgenommene Buch ist der Abrechnung beizufügen und gilt als Beleg für die kostenlose Ausfertigung eines Mitgliedsbuches.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- 50380 des Klempners Julius Kitzsteiner, geb. zu Neumarkt am 3. Februar 1852.
54775 des Formers Karl Schäfer, geb. zu Fürstenberg am 26. Mai 1871.
188981 des Schlossers Ubin Heinz, geb. zu Zimenau am 24. März 1876.
141280 des Blechners Wilhelm Maier, geb. zu Dornstetten am 28. September 1870.
150384 des Schlossers Ernst Weidheit, geb. zu Benschhausen am 12. Februar 1868.
150406 des Schlossers Gottfried Müller, geb. zu Mühlhausen i. Th. am 3. April 1876.
156296 des Maschinenbauers Karl Raast, geb. zu Lübtzhen am 21. Juli 1878.
163469 des Schlossers Emil Schiebold, geb. zu Düsseldorf am 1. Juli 1864.

Der Klempner Franz Artmeier aus Klein-Gschede, geb. am 9. März 1854, wird hierdurch zur Rechtfertigung aufgefordert, mit dem Bemerkten, daß, wenn bis zum 4. Sept. 1897 eine Rechtfertigung nicht eingeht, der Vorstand, ohne eine solche abzuwarten, zu dem gegen ihn gestellten Ausschlußantrag der Verwaltung Hagen Stellung nehmen wird.

Der Schlosser Bruno Bahig, geb. am 9. März 1854 zu Waldheim i. Sachsl., eingetretten unter Nr. 42 513 am 8. August 1892 zu Begefall, war von Anfang Januar bis Anfang August a. c. Bevollmächtigter in Landsbut i. Bay. und ist am 8. August nach Unterschlagung von 40,55 Verbandsgebern von dort abgereist.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160II, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Der Kesselschmied Georg Wigzel aus Kassel wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Desgleichen der Schlosser Konstantin Puntschardt aus Bortischach in Oesterreich.

Berichtigung. Der Former Wilhelm Schippeitz in Forst (N.-L.) fordert uns „auf Grund des Preßgesetzes“ mit Bezug auf die Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 31 zur Aufnahme einer längeren „Berichtigung“ auf.

Die Red. der „Metallar.-Ztg.“

Korrespondenzen.

Former.

Arbon. Vor Zuzug von Gießern nach Arbon (Schweiz) wird gewarnt, indem in Folge Maßregelung Streit ausgebrochen ist.

Berlin, 23. August. (Telegramm.) Die Streiks bei Köpffmann u. Kühnemann und Wolter sind zu Gunsten der Arbeiter erledigt. Heute haben bei Borzig 85 Former die Arbeit eingestellt.

Selbigeier und Gärtler.

Hün a. Rh. In der Bronzegießerei von Jos. Louis in Köln a. Rh. sind Lohnendifferenzen ausgebrochen. Sämtliche dort beschäftigten Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt.

Klempner.

Leipzig. In der öffentlichen Klempnerversammlung, die am 17. August im „Koburger Hof“ stattfand, referierte Genosse Sipinski über: „Unfallversicherung und Unternehmerpraxis.“

Streikkomitee angehörte, bis jetzt erst sieben Wochenbeiträge bezahlt hat. In Unterstützung sind für die Streikenden von den gesamten Klempnern Leipzigs etwas über 50 M. aufgebracht worden. Darnach haben ca. 40 Kollegen für drei Wochen à 50 M. ihre Unterstützung, welche am 11. Juli in einer von ungefähr 100 Personen besuchten öffentlichen Versammlung gegen drei Stimmen beschlossen wurde, abgeliefert.

Metall-Arbeiter.

Ursfeld. In der Fahrradfabrik M. Sternberg sind Lohnendifferenzen ausgebrochen. Zuzug ist streng fernzuhalten. Bericht folgt.

Eisenach. Wir fühlen uns veranlaßt, einige Zeilen über eine Musterwerkstätte oder vielmehr einen Meister zu veröffentlichen. Arbeiten da bei Meister Fuchs, Postkutschlöcher, 5 Gesellen, wovon einige im Verbaue sind. Dies erfuhr Meister Fuchs und schleunigst setzte er den einen auf die Straße.

werden, wird der Verband kaum Schaden leiden, wenn Kreuzberg entfernt wird, der neben 48 M. Pension (Krieg 1870-71) auf solch' schwindelhafter Weise sein Leben fristet.

Eisenach. Wegen ausgebrochener Differenzen in der Fahrzeugfabrik in Eisenach ist der Zuzug fern zu halten.

Hamburg-St. Georg. In der am 8. August abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Martini den Bericht vom Kartell. Er theilte mit, daß in letzter Zeit zwei Sitzungen stattgefunden hätten.

Hannover. Am 14. August hielt die allgemeine Verwaltungsstelle des D. M. V. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung „Stellungnahme zum Arbeitersekretariat“ ab.

Leipzig. Öffentliche Metallarbeiterversammlung vom 13. August im „Nimischen Hof“. Tagesordnung 1. Bericht über die Lage des Dreherstreiks bei der Firma Grob & Co. 2. Der Streik der Schlosser und Maschinenbauer in England und Dänemark.

kräfte zu wenig hatten. Nachdem der Redner noch eine Reihe kaum glaublicher Vorgänge geschildert, bedauert er dies noch der Firma, die für die Betriebsleiter sehr hohe Gehälter bezahlen müsse. Die Direktion soll sich geäußert haben, daß sie überhaupt keine Leipziger Dreher wieder einstellen wolle. Wie diese Drohung aufzufassen sei, zeige der Umstand, daß der Herr Friedrich Geminz auf dem Arbeitsnachweis sich die größte Mühe gebe, ihnen solche zu verschaffen. Nachdem noch verschiedene Redner die günstige Lage des Streiks erörtert und die Mißstände der Firma sowie die Qualifikation der Vorgesetzten einer eingehenden Kritik unterzogen hatten, wurde ein Antrag, das Agitationskomitee zu beauftragen, mit der Leitung der Firma Grob & Co. in Unterhandlung zu treten, gegen 20 Stimmen angenommen. Einstimmige Annahme fand folgende Resolution: „Die im „Königlichen Hof“ tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung gibt, in Anbetracht der günstigen Situation den Streitenden der Firma Grob & Co. ihre Billigung und verpflichtet dahin zu wirken, daß der Zugang streng ferngehalten wird. Die Dreher der Fabriken, in denen Grob'sche Arbeit gemacht wird, sind verpflichtet, diese auf keinen Fall unter dem vor dem Streik gültigen Preise herzustellen. Die Versammlung erklärt, durch Abnahme von Unterstützungsfondsmarken die Streitenden zu unterstützen.“

Fürth. Mit dem Ausbruch der Dreher bei der Firma Grob u. Co. Entschloß sich am 22. August, Vormittags, eine öffentliche Metallarbeiterversammlung im „Königlichen Hof“. Kollege M. schilderte nochmals den besorgten Gang der Differenzen, beklagt weiter das Verhalten der streikgebliebenen Schloffer und Dreher, von welcher letzteren ein Herr Bornemann die Streitenden sogar bei der Polizei wegen „Belästigung“ ohne Veranlassung angezeigt habe. Auch geben sich Dreher dazu her, Hilfsarbeiter und Schloffer anzulernen. Der Drehermeister Behr bediene 8 Wände, da die Firma keine Leute erhalten könne. Weiter wird vom Agitationskomitee berichtet, daß seine Verhandlung mit der Firma zu einem negativen Resultat geführt hat. Im Laufe der Diskussion, in welcher die Behauptung eines anwesenden „Arbeitswilligen“, daß die Gewerkschaften wegen „Blamagen“ entlassen worden seien, gründlich widerlegt wurde, ergab sich, daß von 55 Streitenden nur noch 11 außer Arbeit sind und diese sich für die Wiedereinstellung bei Grob u. Co. höchlich bedanken. Demzufolge sah sich die Versammlung veranlaßt, den Streik aufzuheben und nur weiterhin eine strenge Sperre über die Fabrik zu verhängen, bis eine spätere Versammlung dieselbe aufhebt.

Markt Redwig. Man könnte, wenn man das Verhalten der hiesigen Metallarbeiter betrachtet, meinen, in Markt Redwig seien die ohne resp. Arbeitsverhältnisse nicht. Wenn man aber näher zuseht, denkt man anders. Die Metallarbeiter haben hier so miserable Arbeitsverhältnisse, daß es unglücklich ist. Sieberearbeiter haben einen Lohn von 1,80 für 10 Stunden, also 18 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Es gibt welche, die noch weniger als 18 $\frac{1}{2}$ haben. Im Eisenwerke des Herrn Offenbacher wird in 3, auch 6 Tagen nur einmal gegossen. Ein Former kann sich somit einen Begriff machen, was für eine Menschenwürdigung es bei jeder Jahreszeit ist, wenn man 15—18 Zentner zu gießen hat. Müde und schwach schleicht sich der Arbeiter des Abends nach dem Gießen um halb 8 oder 9 Uhr nach Hause. Besucht es nun jemand, durch Agitation die Kollegen an die Organisation heranzuführen, so prangt er gleich in der schwarzen Röhre. Es ist ein wahrer „Lambenschlag“ diese Dade, wie sich Herr D. selbst ausgedrückt hat.

Merkelburg. Am 18. August fand im Restaurant „Saalefischbänke“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Kollege Behr aus Jena sprach über: „Die Lage der Metallarbeiter und ihre Organisation“. Derselbe gibt zu nächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Leipziger Kollegen nun doch endlich wieder daran denken, sich zu organisieren. Redner geht nun des Näheren auf das Vortragsstema ein und erläutert den Wert und Nutzen einer guten Organisation. Er fordert die Anwesenden auf, sich Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Bund anzuschließen. In einer Pause wurden Beitrittsgebühren ausgegeben, welche auch von ungefähr 34 Mann ausgefüllt wurden. Dann wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Wegen nun die Merkelburger Metallarbeiter ihre Organisation noch halten und fleißig agitiere, damit dieselbe weiter wachse, blühe und gedeihe.

Fürth. Am 15. August fand eine von der Agitationskommission in Hannover einberufene öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, dazu war der Fabrikant Herr Vogt brieflich eingeladen, glückte aber durch Abwesenheit. Kollege Bornemann aus Hannover referierte über: „Die Aufregung der Arbeiter und wo bleibt ihr geschäftliches Recht?“ An der Hand von Thatsachen wies Redner nach, daß da, wo sich die Arbeiter zu organisieren versuchten und namentlich in kleineren Städten, gleich die Unternehmer bei der Hand sind, das Recht der Arbeiter zu inhibieren, indem sie die maßgebenden Stützen der Organisation aus der Arbeit entlassen, ja selbst auch brandstücken mit dem System der schwarzen Röhre. Somit seien die Unternehmer es, welche den Grundlag der im Gehege festgelegt worden ist, daß es in Preußen-Deutschland keine Sklaven, sondern nur freie Menschen geben solle, verunglücken und das Recht der Arbeiter mit Füßen treten. Redner kam dann noch auf die Firma Grob in Fürth zu sprechen. Derselbe seien in den letzten Wochen drei Arbeiter mit dem Namen entlassen, daß er (Vogt) solche Arbeiter, die im Metallarbeiter-Bund sind, nicht dulde. Zum Schluß forderte Redner die Metallarbeiter auf, sich konsequent anzuschließen zu lassen in den Deutschen Metallarbeiter-Bund, um dadurch schon den Beweis abzugeben, daß die Metallarbeiter Fürths begehren haben, auf welche Art und Weise sie in der Lage seien, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern. Beschlüsse dieser Versammlung wurde dem Redner zu April. In der

Diskussion sprachen einige Kollegen sich im Sinne des Referenten aus. Dann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Bornemann solidarisch und protestiert gegen die Maßnahmen der Fabrikanten Gebr. Vogt, ferner verpflichtet sie sich im Interesse der Arbeiterkassette Carlstedts, für den Deutschen Metallarbeiter-Bund einzutreten.“ — Im „Verschiedenen“ wurde Kollege Bornemann als Vertrauensmann der Metallarbeiter von Carlstedt gewählt.

Fürth, 22. August. Ueber den bereits in Nr. 81 der „M.Z.“ erwähnten Streik der Metallarbeiter in der Maschinenfabrik G. Frey in Freiburg (Schweiz) erfahren wir folgende Einzelheiten: Die Metallarbeitergewerkschaft Freiburg erhielt von einem Genossen in Mülhausen i. E. die Nachricht, daß es dem Vorkarbeiter Schwierz gelungen sei, 10 Metallarbeiter aus dem Elsaß als Streikbrecher anzuwerben — unter dem Vorgeben, Frey habe seine Fabrik vergrößert und brauche einige hundert Arbeiter. Er versprach ihnen 5—7 Frks. Tagelohn. Am 2. August sollten die Streikbrecher in Freiburg eintreffen, Herr Frey ließ nun die Betreffenden eine Station vor Freiburg aussteigen, um sie von da per Wagen zu befördern. Die Streikenden hatten die Absichten F.'s errathen und fanden sich ebenfalls in Dillingen ein, um den Unthunlichkeiten den Sachverhalt zu erklären. Hierbei kamen die Hügel der Herren Frey und Schwierz heraus, worauf sich die Gläubiger mit den Streikenden solidarisch erklärten. Die Sache kam aber anders, denn als die Arbeiter in Freiburg ankamen, wurden sie dort von ca. 30 Gendarmen in Empfang genommen und in einem Hotel untergebracht, während die Streikenden, trotzdem nicht die geringsten Streitigkeiten vorgekommen waren, auf Denunziation von F., am Dienstag verhaftet wurden. Seit 13. August befinden sich die Betreffenden wieder auf freiem Fuß. — Ueber die am 16. August begonnene Gerichtsverhandlung, welche von Morgens 9 bis Abends 7 Uhr dauerte, und erst nach 14 Tagen fortgesetzt werden wird, berichtet man uns: Von 26 geladenen Zeugen sind bis jetzt erst 10 verhört worden. Die Streikbrecher haben bereits alle erklärt, sie seien von Schwierz belogen worden und hätten statt der versprochenen 5—7 Frks. nur 4 $\frac{1}{2}$ Frks. Tagelohn erhalten. Am Montag nach den Verhandlungen reisten 4 der fremden Arbeiter ab, 6 arbeiten noch fort und zwar Jules Schwimmer, Jos. Schneider, Camille Ritter, Ed. Trüb, J. B. Zeiser und Jules Niedinger. Bei der Einschüchterung der fremden Arbeiter, welche die Arbeit niederlegen wollten, hat sich der Schwager des Herrn Frey, Kavallerielieutenant Spycher, ganz besonders hervorgethan, indem er, wie durch Zeugen vor Gericht erklärt worden ist, den Elässern „im Namen des Gesetzes“ und mit aufgehobenen Schourringern befehlig, mit ihm zu gehen. Ferner hat der Herr Lieutenant den Arbeitern mit der Andeutung, ja sogar mit dem „Schub“ gedroht, wenn sie nicht zur Arbeit gehen wollten. Um die Sache nicht abzuschwächen, enthalten wir uns jeden Kommentars und warnen alle deutschen Genossen davor, nach Freiburg zu reisen oder sich von gewissenlosen Agenten à la Schwierz für die Schweiz engagieren zu lassen, indem der Streik z. Z. noch nicht beendet ist. Ferner machen wir noch darauf aufmerksam, daß über das Geschäft von Saurer u. Söhne in Arbon die Sperre verhängt ist; die Sieber genannter Firma sind am Dienstag, den 17. August, in den Streik getreten und ist Bezug von Metallarbeitern nach Arbon streng fern zu halten.

Mechaniker.

München. Nach bekanntem Muster. Als vor einigen Wochen vier Angehörige der Sektion der Mechaniker und Optiker, die Brilleneinschleifer der optischen Anstalt von Gebr. Rodenstock, an die Herren Fabrikanten mit der Forderung heranzutreten, endlich einmal die seit mehr als einem Jahre verproviantete Lohnhöhe einzutreten zu lassen, und als dann auf die Weigerung der Herren Rodenstock diesen mit Arbeitsniederlegung gedroht wurde und die Sache anfangs kritisch zu werden, verständten sie (die Herren Rodenstock) unter dem Vermerk „Persönlich“ an sämtliche hiesige Prinzipale ein Schriftstück mit folgendem Inhalt: „Die fortwährenden Mißlichkeiten und systematischen Verheerungen gewerkschaftlicher Agitationen haben, wie Ihnen wohl bekannt sein wird, endlich bewirkt, daß auch die Gehilfen und Arbeiter der hiesigen optischen sowie mechanischen Werkstätten sich dem Deutschen Metallarbeiter-Bund angegeschlossen haben, um von dieser Position aus den Kampf gegen die Arbeitgeber zu beginnen. Man will hierbei die Taktik befolgen, nicht allgemain die Arbeit niederzulegen, sondern mit einzelnen Betrieben und wenn diese größere sind, mit kleineren Arbeitsgruppen derselben zu beginnen. Diese sollen, unterstützt durch die Fortarbeitenden, den Streik möglichst lange fortsetzen, bis ihre Forderungen, wie sie hoffen, gewahrt sind. Sobald das geschehen, werden andere Gruppen, bezw. andere Betriebe in die Streikbewegung eintreten und so fort in allen Betrieben. In unserer Fabrik ist der Anfang damit gemacht worden, daß der Bevollmächtigte des Verbandes, ein Herr Mechaniker Abele an uns im Namen von den Arbeitern der Aufstellung Brilleneinschleiferei unter Androhung der Arbeitsniederlegung mit Forderungen heranzutritt, die wir zu gewähren außer Stande sind. Es handelt sich nicht etwa um Erreichung wesentlicher höheren Verdienstes — derselbe beträgt von 19 an für einen 18—19jährigen Arbeiter bis über 31 per Arbeitswoche von 6 Tagen — sondern man will nicht mehr wie früher nach Fleiß und Leistung entlohnt sein; man will feste Tagelohnsätze beziehen, ohne Rücksicht auf Faß und Qualität der geleisteten Arbeit; man will mit anderen Worten sich zu Herren des Betriebes machen. Es bedarf wohl kaum der näheren Begründung, daß unter solchen Verhältnissen ein Betrieb überhaupt unmöglich ist. Nachdem alle Versuche, die Arbeiter von der Unabwiesbarkeit der gestellten Forderungen zu überzeugen, in Folge der Thätigkeit aneinander gesetzter gewerkschaftlicher Helfer, gescheitert sind und nachher sich zur Evidenz ergeben hat, daß es sich lediglich um eine Streitprobe zwischen Arbeiter und Arbeitgeber handelt, bleibt uns kein anderer Weg, als den fröhen herausfordernden Kampf anzunehmen. Im Namen Solidaritätsgesühl appellierend, werden wir uns nun an Sie mit der Bitte, uns in diesem, eigenlich auch allen Arbeitgebern geltenden Kampfe zu unterstützen, indem Sie keinen unserer Arbeiter — so lange der Streik dauert — bei sich in Arbeit nehmen. Bedenken Sie mit, daß bei Bewilligung der

an uns gestellten maßlosen Forderungen die feste Kalkulation der Herstellungskosten der Gewerbezeugnisse ganz unmöglich wäre, daß der mühsam errungene seitherige Export sowie der inländische Markt theilweise oder ganz an das Ausland verloren gehen müßte. Bedenken Sie ferner, daß es sich hauptsächlich mit darum handelt, die gesellschaftliche Ordnung aufrecht zu halten, daß jeder nach Fleiß und Leistung entlohnt wird, und wir zweifeln nicht, daß Sie in dem uns unlieber Weise aufgedrungenen Kampfe uns unterstützen werden. Sehen wir, wie die Industriellen an anderen Orten, auch hier den Arbeiterorganisationen die Solidarität der Arbeitgeber entgegen, dann ist der Ausgang nicht zweifelhaft und Ordnung und Ruhe wird sich aufrecht erhalten lassen beziehungsweise bald wiederkehren. Mit aller Hochachtung Optische Anstalt G. Rodenstock.“ — Die Differenzen sind ja nunmehr durch die Zurücknahme der Maßregelung von 6 bei der Sache ganz unbetheiligten organisierten Kollegen, sowie durch den Verspruch auf baldige Lohnhöhe, mit dem sich fragliche vier Arbeiter zufrieden erklärten, beigelegt, bezw. für den Verband erledigt. Es muß konstatiert werden, daß zur Zeit der Bewegung weder der jüngste Arbeiter 18—19 $\frac{1}{2}$, noch der älteste Arbeiter der betreffenden Abteilung 31 $\frac{1}{2}$ verdient, welche letzteres auch heute noch nicht der Fall ist. Die Herren Rodenstock geriren sich hierorts als gewaltige Arbeiterfreunde und sind stets gerne bereit, zur Verschönerung ihres Nimbus diesbezügliche Aemtionen anzunehmen; sie thun fürchtbar klug in der Beurtheilung von Arbeiterfragen, wovon sie allerdings, nach dem oben stehenden Witz zu schließen, nicht viel verstehen. Es wäre auch zu viel verlangt, denn die Taktik im Kampfe ist nicht unbedingt einheitlich, sondern sie richtet sich in erster Linie nach den jeweiligen lokalen Verhältnissen. Sie ist so verschieden als die Taktik der Unternehmer; die Arbeiter auszuweisen, worunter die die ungeschickteste nicht ist, die Arbeiter unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit über die Ohren zu hauen.

Schläger.

Fürth. In einer am 15. August im Saale der Bavaria abgehaltenen sehr stark besuchten öffentlichen Schlägerversammlung referierte Genosse Segitz über die Dingley-Bill und ihre Wirkung auf das Schlägergewerbe. Referent führte Eingang seines Vortrages aus, daß das Interesse der deutschen Arbeiterkassette für Zollverhältnisse, Handelsverträge usw. gegen früher bedeutend gestiegen sei. Ein schwerer Schlag sei besonders dem Schlägergewerbe wieder durch die sogen. Dingley-Bill verkehrt worden. Daß Amerika sich derartige Zollhöhen erlauben darf, ohne beschränkt zu müssen, daß die europäischen Staaten, insbesondere Deutschland, Repressalien dagegen ergreifen, rühre davon her, weil die europäischen Staaten zum großen Theil auf die Einfuhr von Amerika angewiesen sind. Die indirekte Veranlassung zur Zollpolitik habe allerdings Deutschland durch das Schweineinfuhr-Verbot usw. gegeben. Durch diese neue Dingley-Bill sei die Einfuhr nach Amerika für einzelne Artikel der Schlägerbranche vollständig unmöglich. So wurde z. B. der Zoll für echt Blattgold, der bisher 30 Prozent betrug, auf 50 Prozent festgesetzt, für Silber von 30 auf 100, für Schlagmetall von 40 auf 100, für Kupfermetall von 40 auf 100, für Weißmetall von 40 auf 270, für Komposition von 40 auf 60—60, für Blattm. in Büchern von 40 auf 80 bis 115, für Aluminium von 40 auf 185, für gew. Blattmetall von 40 auf 140—240, für Goldpapier von 20 auf 53 Prozent. Diese ungeheueren Zollhöhen haben zur Folge, daß derartige Artikel in Amerika einfach nicht mehr gekauft werden können. Die Wirkungen dieser Bill seien bereits jetzt schon bemerkbar, indem die Nachfrage nach Arbeitskräften bedeutend nachgelassen hat und bereits ein Theil der Arbeiter entlassen wurde. Als bestes Mittel, um den Wirkungen dieser Bill einigermaßen entgegenzutreten, bezeichnet Referent eine Verkürzung der Arbeitszeit, und sollten die Organisationen dieserhalb mit sämtlichen Meistern in Unterhandlung treten. Unbedingt notwendig sei es auch, daß sämtliche auf dem Schlägergewerbe beschäftigte Personen sich der Organisation anschließen, denn wie lange diese Kritik dauern wird, lasse sich jetzt noch nicht voraussagen. — Es wird hierauf auf Antrag des Referenten eine Kommission gewählt, die in nächster Zeit mit den Meistern in Verbindung zu treten hat. Nachdem der Vorsitzende dem Referenten den Dank der Versammlung ausgesprochen, rügte ein weiterer Redner das bisherige unkollegiale Verhalten eines großen Theils der hiesigen Schläger und forderte ebenfalls zum Beitritt in den Verband auf.

Großschönau. In Folge ausgebrochener Lohnhöhen ist der Bezug nach hier strengstens fern zu halten.

Fellenhauer.

Breslau. Am 1. August hielten die hiesigen Fellenhauer, Schleifer und Hilfsarbeiter eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Genosse Korditz über Zweck und Nutzen der Organisation referierte. Der sehr heifällig aufgenommene Vortrag gipfelte in der Aufforderung, sich zu organisieren, da dies der beste und einzige Weg sei, möglichst gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Bei: „Wie organisieren wir uns?“ entstand eine lebhafte Debatte. Es wurde aber einstimmig beschlossen, Mann für Mann dem D. M. B. beizutreten. Hierauf wurde die Versammlung verlagert und liegen sich 39 Kollegen in den Verband aufnehmen. Bei „Verschiedenes“ wurden nach unwesentlichen Erweiterungen zwei Kollegen in's Gewerkschaftsstatut gewählt. Nach dieser Wahl erhielt Genosse Korditz das Schlusswort und forderte dieselbe die Kollegen auf, tren und fest zur Organisation zu halten und die heute gefassten Beschlüsse wie eine Ehrenwortverpflichtung zu betrachten. Ferner gelte es, alle uns noch fernstehenden Kollegen zum Beitritt zur Organisation zu bewegen. Diese Ausführungen fanden lebhaften Beifall. — Am 15. August fand die zweite öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Neulirch referierte. Hierauf wurde Kollege L. Schmidt, Kurzege 25, als Vertrauensmann und Kollege Komara als dessen Stellvertreter gewählt. Ferner wurde beschlossen, jeden Monat eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen. — Einen ausführlichen Bericht über die hiesigen Verhältnisse werden wir in einer der nächsten Nummern der „M.Z.“ bringen.

Hamburg. Den Kollegen zur Kenntniß, daß in Hamburg ein Arbeitsnachweis der Fellenhauer gegründet wurde. Derselbe wird von August Bauer, Malenstraße 18, geführt.

Das Umschauen in den Werkstätten ist verboten und werden deshalb die zureisenden Kollegen ersucht, sich an den Arbeitsnachweis zu halten.

An die Verwaltungen und Mitglieder des D. M.-V. in Nordbayern.

Im Auftrage der nordbayerischen Agitationskommission berufe ich hiermit auf Sonntag, den 3. Oktober d. J., Vormittags 9 Uhr, in den Saal des „Café Merck“, Pfreldergasse in Nürnberg, die nächste nordbayerische Metallarbeiter-Konferenz ein.

Tagesordnung:

- 1. Bericht der Kommission und Diskussion hierüber. 2. Wie ist in Zukunft in Nordbayern die Agitation am zweckmäßigsten zu betreiben? Referent: M. Segitz. 3. Neuwahl der Agitationskommission. 4. Verschiedenes.

Ich richte nun an alle Verwaltungen das Ersuchen, hiesu Stellung zu nehmen und Delegirte zu wählen. Als Modus für die Wahl der Delegirten macht die Agitationskommission folgenden Vorschlag: Verwaltungenstellen bis zu 100 Mitgliedern wählen einen Delegirten; für jedes angefangene Hundert Mitglieder einen weiteren Delegirten. Mandatformulare werden in nächster Zeit den Verwaltungen zugesandt.

Fürth, 17. August 1897.

Im Auftrag: Gg. Farscher, Marienstr. 39.

Gerichts-Zeitung.

Nürnberg. Der Redakteur d. Bl. war bekanntlich vom Schöffengericht Nürnberg am 28. Mai d. J. auf erhobene Privatklage des Feilenhauermeisters Diechel-Bremen zu einer Geldstrafe von 50 M und Tragung der Kosten des Strafverfahrens verurtheilt worden, weil das Gericht in der in Nr. 5 der „Metallarbeiter-Zeitung“ erschienenen Notiz: „Bremen. Vor Zugang nach der Werkstätte des Feilenhauermeisters Riedel (Niedel), Süderstr., wird gewarnt“ eine Beleidigung Riedel's erblickt hatte (s. Nr. 23 der „Met.-Ztg.“ unter „Gerichtszeitung“). Die gegen dieses Urtheil eingelegte Berufung des Verurtheilten kam am 20. August vor dem Landgerichte Nürnberg zur Verhandlung. Unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils lautet das Urtheil der 2. Instanz auf Freisprechung. Die angefochtene Notiz sei weder in thatsächlich noch formeller Beziehung beleidigend. Es werde nicht vor der Person Riedel's, sondern vor Zugang nach dessen Werkstätte gewarnt; die Leser der „Met.-Ztg.“ hätten daraus unzweifelhaft nur entnommen, daß es sich um Werkstättenblößen handelte. Die Notiz involviere somit eine Wahrung berechtigter Interessen. Auch habe das Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß bei der Veröffentlichung keine beleidigende Absicht ohgewartet habe. Die Kosten des Verfahrens hat der Privatkläger zu tragen. — Hoffentlich hat die löbliche Redaktion von „Säge und Feile“, offizielles Organ des norddeutschen Feilenhauermeisterverbandes, welche in ihrer Juli-Nummer schrieb: „Verurtheilt wurde die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ wegen einer Notiz, worin diese vor Zugang nach Bremen warnt. Genanntes Blatt hat bekanntlich in jeder Nummer derartige Warnungen und es dürfte deshalb das Urtheil des Schöffengerichts Nürnberg ermutigend zum Vorgehen auf diejenigen Firmen wirken, die fast immer als Zielpunkt des Hasses seitens des genannten Blattes auszuweisen sind“ — nun die Freundlichkeit, auch von dem Urtheil zweiter Instanz Notiz zu nehmen, um ihre Leser wieder zu entmutigen und sie so vor finanziellen Schädigungen durch ausichtslose Beleidigungsklagen zu schützen.

Vermischtes.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hält ihren diesjährigen Parteitag in Hamburg ab. Derselbe beginnt am 3. Oktober im Etablissement „Lütge“, Valentinskamp; als provisorische Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses; 2. Bericht der Kontrollkommission; 3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit; 4. die bevorstehenden Reichstagswahlen; 5. die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen; 6. die Waiseier 1898; 7. Bericht über den Arbeiterschutzkongress in Zürich; 8. Organisation; 9. Anträge zum Programm und zur Organisation; 10. sonstige Anträge.

Der erste Maschinenseherstreik in Deutschland. Bei der Firma Brandstetter in Leipzig sind drei „Typograph“-Schneidmaschinen in Thätigkeit und eine größere Anzahl derselben soll in nächster Zeit von der Maschinenfabrik Böwe u. Co. in Berlin noch geliefert werden. Bisher haben die Maschinenseher 30 M gewisses Geld bekommen, jetzt will die Firma für das Laufen der Buchstaben höchstens noch 14 S zahlen, was einer Verminderung des bisherigen Lohnes gleichkommt. Da sich die drei an den Maschinen beschäftigten Seher weigerten, um diesen Preis zu arbeiten (sie verlangen mindestens 15 S, mit Vorkaufschlag 18 S pro tausend Buchstaben), wurde ihnen gekündigt. An deren Stelle sollten nun Maschinenseher der Berliner Sehersehule treten; diese lehnten das Anerbieten ab und da eine von den Sehern zur Verhandlung mit der Fabrik gewählte Kommission gemäßigter wurde, legten sämmtliche Maschinenseher die Arbeit nieder.

Arbeitsverhältnisse in Stahlblechereien. Aus Solingen wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Unter Mitwirkung von sachverständigen Arbeitern und Arbeitgebern ist eine Regierungsverordnung zu Stande gekommen, die demnächst veröffentlicht werden wird. Es handelt sich nämlich um Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Schleifereien, deren Einrichtungen in sanitärer Beziehung häufig viel zu wünschen übrig lassen. In einer Zusammenkunft am 11. August, an der ein Regierungsrath, der mit den einschlägigen Verhältnissen sehr vertraut ist, theilnahm, wurde das gänzliche Verbot des Trodenschleifens einer längeren Diskussion unterworfen. Die Schleifereier, die kaum dreißig Jahre alt werden, sind bekanntlich die Schlachtopfer

des mörderischen Trodenschleifens. Mehrere Waffenfabrikanten zeigten sich einem Verbot nicht abgeneigt und versprachen sofort 10 Prozent Lohnaufschlag, wenn das Trodenschleifen allgemein verboten werde. Die Arbeiter konnten vorläufig noch nicht dazwischen willigen, weil beim Trodenschleifen die Arbeit viel schneller von Statten geht und erst durch Erfahrung festgestellt werden muß, wieviel Prozent Lohnaufschlag das Nassschleifen der Schwerter bedingt. Dagegen wurde die allgemeine Einführung von Schutzböden und anderer Schutzvorrichtungen allenthalben befürwortet und einstimmig angenommen. Die Schutzböden, welche beim Zerpringen der Schleifsteine dem Arbeiter Schutz bieten, sind bei den Firmen J. A. Hendels obligatorisch eingeführt, wofür der Schleifer pro Woche 25 S Miete bezahlen muß. Da ein solcher Bod bis 700 kostet, sollen künftighin die Dampf- und Wasserkraft-Bermietter verpflichtet werden, dieselben einzurichten und den Schleifern gegen Miete zu überlassen. Obgleich Schutzböden schon vor 70 Jahren in Gebrauch waren, ist die allgemeine Einführung, namentlich des verbesserten Schutzbodes, bisher an dem großen Kostenpunkte gescheitert. Daß dieselben sehr stark sein müssen, dürfte schon aus dem Umstande hervorgehen, daß einzelne Steine bis zu 4000 Kilo wiegen und daher beim Auseinanderpringen, was durch Naturfehler und durch fehlerhafte Verbindung mit der Achse entstehen kann, eine ungeheure Kraft entwickeln. Daß das Schleifen und auch das Nassschleifen zu dem allersündlichsten und gefährlichsten Gewerbe gehört, dürfte nachstehende Statistik beweisen. Der Tafelmesserschleiferverein des Kreises Solingen hat nämlich in seiner letzten Sitzung eine statistische Aufnahme veröffentlicht, wonach festgestellt ist, daß in 60 Schleifereien 849 Personen mit Tafelmesserschleifen beschäftigt sind. Hiervon sind 595 Meister, 81 Gesellen und 142 Lehrlinge. 676 sind Mitglieder und nur 31 sind nicht Mitglieder des Vereins. Mitglied kann nur Derjenige werden, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Im Alter von 14 bis 18 Jahren standen 142, von 18—30 404, von 30—40 195, von 40—50 Jahren 80, von 50—60 Jahren 22 und von über 60 Jahren nur 6 Personen. Damit die Lehrlingsausbeutung, die früher in hoher Blüthe stand, vermieden wird, und noch aus anderen naheliegenden Gründen, darf jeder selbstständige Meister nur einen Lehrling und einen Gehilfen oder zwei Gehilfen und keinen Lehrling beschäftigen; bei eigenen Söhnen dürfen Ausnahmen gemacht werden. Ein tüchtiger Gehilfe verdient, wenn Miete, Schleifstand usw. in Abzug kommen, mehr als ein mittelmäßiger Meister. Der Verein, der zu den festgesetzten Arbeiterverbindungen Deutschlands gerechnet werden muß, feierte am 27. Februar d. J. sein fünfundsingzigstes Stiftungsfest.

Arbeitsverhältnisse in der österreichischen Eisenindustrie. Nach einer Darstellung der Wiener „Arbeiter-Ztg.“ über die Arbeitsverhältnisse in den Anlagen der alpinen Montangesellschaft zu Prävali in Kärnten werden daselbst sehr geringe Arbeitslöhne gezahlt. Die verschiedenen Arbeiterkategorien erhalten nämlich folgende Löhne:

- Die Abjustirer und Gradrichter arbeiten größtentheils im Afford und verdienen 90 kr. bis 1 fl. 60 kr. täglich. Für Abjustirer, die nicht im Afford arbeiten, ist eine sogenannte „Herrensicht“ mit 1 fl. 20 kr. vorgeschrieben, thatsächlich erhalten die Arbeiter nur 80 kr. Blasarbeiter haben 80 kr. täglich. Bei den Gießern ist der Verdienst sehr verschieden, je nach der Arbeit kommen sie auf 1 fl. 20 kr. bis 3 fl. 80 kr. täglich; die letztere Lohnhöhe wird jedoch selten erreicht. Die Schmiede verdienen: Vorarbeiter 1 fl. 30 kr. bis 1 fl. 55 kr., Helfer 1 fl. 10 bis 1 fl. 15 kr. Die Schlosser verdienen im Tagelohn 1 fl. 10 kr. bis 1 fl. 80 kr., das letztere allerdings nur Vorarbeiter. Die Dreher stehen zumeist im Afford. Der Schichtenlohn ist für Ausgelernte 90 kr., für ältere Arbeiter 1 fl. 10 kr. bis 2 fl. Diesen Lohn bezieht nur ein Arbeiter. Im Afford verdienen die Dreher 1 fl. bis 2 fl. 80 kr., was aber selten vorkommt.

Ein Theil der Schlosser und Dreher arbeitet schon länger als ein Jahr jeden Sonntag und verdient etwas mehr. Das Gesetz über die Sonntagsarbeit kommt dabei allerdings schlecht weg.

- Hobler haben 90 kr. bis 1 fl. 30 kr., Tischler 1 fl. 10 kr. bis 1 fl. 40 kr. täglich, Maschinenwärter 1 fl. 30 kr. bis 1 fl. 40 kr. und Hilfsarbeiter in der Werkstätte 1 fl. bis 1 fl. 40 kr.

Für alle diese Arbeiterkategorien gilt der zehnstündige Arbeitstag ohne Ruhepausen Vor- und Nachmittags.

Für die nachfolgenden Kategorien ist die Zwölfstundenschicht gültig, und wird um 12 Uhr Mittags und um Mitternacht die Schicht gewechselt. Die Sonntagsruhe dauert bei diesen Arbeitern von Samstag Mitternacht bis Sonntag Mitternacht, und wird derart abgewechselt, daß eine Partie eine Woche zu Mittag, und die nächste Woche um Mitternacht anfängt.

Die Turbinenwärter haben bei den Grob- und Feinstrecken 1 fl. 40 kr. Schichtenlohn. Bei einem Ofen auf der Grobstrecke haben die Walzmeister 2 fl. Schichtenlohn und gewisse Procente, Vorstrecker und Hintermänner stehen im Afford und kommen auf 1 fl. 80 kr. bis 2 fl. bei einem Ofen und auf 3 fl. bis 3 fl. 50 kr. bei zwei Ofen.

Padler, Stangelheber und Warmgradrichter kommen bei einem Ofen auf 1 fl. bis 1 fl. 20 kr., bei zwei Ofen auf 1 fl. 80 kr. bis 2 fl. Heizer haben 1 fl. 10 kr. bis 1 fl. 40 kr., Schweißer 2 fl. 32 kr. bis 2 fl. 72 kr., jugendliche Arbeiter bei einem Ofen 60 kr., bei zwei Ofen 70 kr.

Bei der Feinstrecke haben die Walzmeister denselben Lohn wie bei der Grobstrecke, mit Ausnahme eines einzigen älteren Arbeiters, der einen Monatsgehalt von 50 fl. bezieht. Die Vorwalzer haben 1 fl. 80 kr. bis 2 fl. 20 kr., Einhäckler 1 fl. 55 kr. bis 1 fl. 85 kr., Schweißhacker 1 fl., Warmgradrichter bei einem Ofen 70 kr., bei zwei Ofen 80 kr., Ausläufer 60—70 kr., Materialschneider (Vorarbeiter) bei einem Ofen 1 fl. 40 kr. bis 1 fl. 60 kr., bei zwei Ofen 2 fl. bis 2 fl. 20 kr., Stangelheber bei einem Ofen 1 fl. 20 kr. bis 1 fl. 30 kr., bei zwei Ofen 1 fl. 80 kr. bis 2 fl., Schweißer bei zwei Ofen 2 fl. 40 kr. bis 3 fl., Heizer 1 fl. 20 kr. bis 1 fl. 45 kr., Einleger 1 fl. bis 1 fl. 10 kr.

Man sieht, daß der Lohn der Fein- und Grobstreckenarbeiter, die zwei Ofen bedienen, nur ganz unbedeutend höher ist — obwohl sie doppelt so viel Arbeit leisten müssen — als der Lohn der Arbeiter, die nur einen Ofen bedienen.

Ebenso wärmt auf der Mittelstrecke, wo abwechselnd von einer Partie gearbeitet wird, eine dritte Partie eingeflekt werden.

Der Lohn wird in Prävali monatlich ausgezahlt, ein Uebelstand, der von den Arbeitern sehr schwer empfunden wird. Für die Werkwohnungen muß eine ziemlich hohe Miete gezahlt werden, für die Reinigung der Aborte werden den Arbeitern Abzüge gemacht und zwar 2 kr. für je 5 S Verdienst. Die Aborte im Werke selbst sind höchst gesundheitswidrig. Seit 1. Juli haben die Werke von Prävali einen neuen Verwalter, da der Direktor und der frühere Verwalter Mayer pensionirt wurden. Es hat den Anschein, als ob der neue Verwalter die ohnehin niedrigen Löhne noch mehr reduzieren wolle, denn bei der letzten Auszahlung am 17. Juli, nahm eine Anzahl Arbeiter wahr, daß ihr Verdienst gegen früher zurückgegangen ist, worüber sich sechs bis sieben Arbeiter beschwerten.

Lokomotivbau in Japan. — In der Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure veröffentlicht Herr Eugen Brückmann-Chemnitz einen Artikel über Eisenbahn- und Lokomotivbau in Japan. Es heißt darin u. A.: Der Bau der ersten Lokomotive in Japan begann Ende 1892. Japan hatte bis dahin keine Lokomotiven besonders aus England, daneben auch aus Nordamerika und Deutschland bezogen. Die billigen einheimischen Arbeitskräfte und die Vertheuerung der Lokomotiven durch die Ueberfuhr — auf eine im englischen Hafen mit 31,310 M bezahlte Lokomotive kamen an Fracht, Versicherung, Zoll u. s. w. noch 4887 M — ließen bei der japanischen Regierung den Wunsch erwachen, die Lokomotiven selbst zu bauen. Unter der Oberaufsicht des Maschinenbauingenieurs der japanischen Staatsbahnen begann Ende 1892 in der mit den besten Werkzeugmaschinen versehenen Werkstätte zu Kobe am Busen von Osaka die Arbeit. Die im Jahre 1893 fertiggestellte Lokomotive war eine Verbundmaschine und überhaupt die erste Verbundlokomotive in Japan. Alle Pläne und Werkstattzeichnungen wurden von eingeborenen Ingenieuren in Kobe ausgeführt, und die Lokomotive wurde danach von japanischen Arbeitern unter der Aufsicht japanischer Vorarbeiter gebaut. Aus dem Auslande, aus England, wurden an Material bezogen: zwei Manometer, ein Injektor und ein Schmierapparat, sodann zwei gehobelte Rahmenbleche aus Siemens-Martin-Stahl, vier gebogene und geflanzte Stahlbleche, je zwei rohgeschmiedete Triebachsen aus Siemens-Martin-Stahl und Laufachsen aus Yorkshire-Eisen, acht Stahlbandagen, ein fertig geschweißter und bearbeiteter Dampfbohm, ein großer Niederdruckkessel aus Stahlguß, alle Kupferbleche zur inneren Feuerbüchse und alle gezogenen Röhren. An Ort und Stelle wurden die Bleche gestoßen und geböhrt, die Achsen und Bandagen abgedreht und die Feuerbüchse geflanzt und geböhrt. Alle anderen Materialien wurden den vorhandenen Vorräthen entnommen, alle Guß- und Rohgußtheile in Kobe gegossen und bearbeitet, und alle Maschinen, Zugapparate, Federn, das Triebwerk und die Steuerung in Kobe geschmiebet und fertiggestellt. Das Resultat war finanziell und technisch günstig. Berausgabt wurden für fremdes und einheimisches Material 16,160 M, an Lohn 8880 M, für Kohlen, Holz und Del 1990 M, für Zeichnungen 181 M, zusammen 27,220 M oder 8977 M weniger, als für eine in England gekaufte Lokomotive. Im Betriebe bewies sich die japanische Maschine so vorthellhaft, daß die Staatsbahnverwaltung weitere acht Lokomotiven in Kobe in Bau gab und die Errichtung von neuen Werkstätten in Osaka und Tokio geplant hat. Ohne die Bedeutung dieser Entwicklung zu verkennen, hält Brückmann die Konkurrenz des ausländischen Lokomotivbaues mit dem Japans fürs erste ganz und gar nicht ausgeschlossen. Der Bedarf des Landes an Lokomotiven sei bei dem verhältnismäßig schwachen Bestand an rollendem Bahnmateriale und bei der raschen Entwicklung des Eisenbahnbaues zu stark, um im Inlande befriedigt werden zu können, zudem würden die niedrigen Produktionskosten mehr und mehr ihre Wirkung verlieren, denn das Privatkapital, das sich ganz naturgemäß auch in Japan dem Lokomotivbau zuwenden werde, wolle nicht nur einen entsprechend hohen Verdienst haben, sondern müsse auch mit einer Erhöhung der Löhne rechnen, die schon jetzt ganz außerordentlich gestiegen sind. Thatsächlich hat Japan in einem Semester des Vorjahres denn auch 80 neue Lokomotiven in Nordamerika bestellt.

Litterarisches.

Von der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring (Stuttgart, Dietz Verlag) sind Heft 17 und 18 erschienen. Hiermit liegt der erste Theil dieses Buches komplet vor. Er zerfällt in zwei Abschnitte. Der erste Abschnitt behandelt den modernen wissenschaftlichen Kommunismus, dessen Entwicklung von seinen ökonomischen, philosophischen und politischen Wurzeln bis zum kommunistischen Manifest von 1848 dargestellt wird. Der zweite Abschnitt schildert die Märzrevolution und ihre Folgen, soweit sie die Geschichte der Sozialdemokratie beeinflusst haben. VIII und 567 Seiten. Gr. Oktav. Preis brosch. M 3,60, in Leinwandband M 5, in Halbfranzband M 6. Auch in Lieferungen à 20 S zu beziehen. Probehefte sind durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Der zweite Theil des ersten Bandes wird in 14-tägigen Lieferungen erscheinen.

Die Buchhandlung Vorwärts Berlin hat soeben in neuem Gewande den früher bei Wörlein erschienenen Arbeiter-Lotz-Kalender für 1898 zum alten Preise von 60 S erscheinen lassen. Aus seinem reichhaltigen Inhalte haben wir hervor die für Gewerkschaften höchst wichtige Abhandlung Stadthagens über Rechte und Pflichten der Arbeiter, die Schutzbestimmungen für Frauen und Kinder-jährige; die Adressen sämmtlicher Fabrikinspektoren Deutschlands unter genauer Angabe ihrer Inspektionsbezirke sowie die Adressen sämmtlicher Gewerkschaftsvorstände und endlich die lehrreichen Artikel über die Erste Hilfe in Unglücksfällen. Das Jahr 1898 wird unter dem Zeichen der Reichstagswahlen stehen, und für diese ist der Arbeiter-Lotz-Kalender ganz besonders berechnet; er enthält das Reichstags-Wahlgesetz und Reglement und praktische Winke zur Wahlrechts-Ausübung; was aber noch wertvoller: für jeden der 397 Wahlkreise ist in tabellarischer Uebersicht angegeben: wie viel von je 100 abgegebenen Stimmen sozialdemokratisch

waren; ferner wie viel in jedem Wahlkreise auf jede einzelne Partei Stimmen gefallen sind, und endlich Name und Beruf des gewählten Abgeordneten. Alle diese Angaben sind bis auf die letzten Nachwahlen weitergeführt. Neben anderen wissenschaftlichen Kleinigkeiten ist endlich eine Uebersicht über die Militärausgaben, Reichsschulden und Zinszahlung seit 1871 enthalten, so daß wir mit Zug und Recht sowohl für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wie für die Parteigenossen speziell den Kalender als werthvolles und unentbehrliches Nachschlagewerk bestens empfehlen können.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieb' Verlag) ist soeben das 47. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kleine Briefe. — Zur Psychologie des Militarismus. Von G. Ströbel. — Einiges über das indische Problem. Von Eduard Bernheim. (Schluß.) — Ein preussisches Mustergefängnis. — Revue der Neuen. — Notizen: Ein Brief von Karl Marx aus dem Jahre 1848. Luberkelbazillen in der Butter. Von Dr. Stern-St. Andreasberg i. S. Das Gift der Honigbiene. — Feuilleton: Noth. Von Adolphe Chenevrière. Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Jna Bach.

Das Handbuch für Vereins- und Versammlungsleiter ist in der Buchhandlung Bormanns soeben in 2. Auflage erschienen und Jedem zu empfehlen, der sich mit den burschenschaftlichen Rechten und den Pflichten vertraut machen will, welche die Vereinsgesetze in den einzelnen Bundesstaaten regeln. Das Handbuch ist nicht nur für das preussische Vereinsgesetz zutreffend, sondern nimmt auch Bezug auf die anderen Bundesstaaten. Ein Anhang, der die für die Agitation hauptsächlich in Frage kommenden Strafgesetze-Paragrafen enthält und das ausführliche Sachregister erhöhen den Werth dieser Broschüre.

Verichtigung. In dem Artikel: „Zur Lage der Metallarbeiter in Nordbayern“ in Nr. 84 muß es auf S. 4 unter Kauf bei „Alford“ nicht heißen 2,33, sondern 2,93.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Sonnabend, 28. Aug., Abds. halb 8 Uhr, im „Gold. Löwen“.

Altona. Montag, 30. Aug., Abds. halb 9 Uhr, bei P. Meyer, Hospital- und Wilhelmstr.-Ecke.

Augsburg. Samstag, 28. Aug., Abends 8 Uhr, im „Blauen Boot“.

Bergedorf. Sonnabend, 4. September, in „Stadt Schwerin“ Parteibericht. Unsere jetzigen Arbeitsverhältnisse. — Die Mitgliedsbücher sind beim Kassierer behufs Statutenemittellens abzugeben.

Berlin. Bezirksversammlung für Charlottenburg und Spandau: Sonntag, 5. Sept., Vorm. 10 Uhr, bei Leder, Charlottenburg, Bismarckstr. 74. Vortrag über „Die neuesten Erfindungen zur Sicherung des Eisenbahnbetriebes“. Referent: M. Grampe. Neuwahl der Zeitungsstellvertreter.

Berlin. Vertrauensmännerkonferenz für Moabit, Charlottenburg und Spandau: Sonnabend, 4. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im Moabiter Klubhaus, Begehrstr. 9.

Hamburg. (Sektion der Gelbgießer, Sütler usw.) Mittwoch, 1. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Kaffa-macherreihe 6-7.

Brandenburg. Sonntag, 29. Aug., Nachm. 3 Uhr, bei Wuthenow, Weidenstr. 17.

Bredow. Montag, 30. August, Abds. 8 Uhr. — Die Kollegen werden ersucht, ihre genaue Adresse bei dem Bevollmächtigten anzugeben, da ihnen sonst die Zeitung nicht zugestellt werden kann.

Bremen. Sonnabend, 28. Aug., Abds. halb 9 Uhr, im Vereinshaus.

Cassel. (Allg.) Sonnabend, 4. September, im Lokal. Vortrag des Senjoren Diehrich. Fortsetzung der Diskussion: „Wie verhalten sich die Lohnverhältnisse in den hiesigen Fabriken zwischen den Meistern, Vorarbeitern und Arbeitern?“ Abrechnung vom Stiftungsfest. Verschiedene Anträge.

Cassel. (Sektion der Bauhofsler.) Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Gastwirth Otto Freyer, Hohenthorstr.

Cassel. (Sektion der Klempner.) Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Gastwirth Wagner, Oberste Gasse.

Düsseldorf. (Sektion der Feilenhauer.) Sonnabend, 28. Aug., Abds. halb 9 Uhr, bei Kremer, Jannemannstr. 38.

Erlangen. Sonntag, 4. Sept. Wahl eines Bibliothekars und eines Vertrauensmannes zum Gewerkschafts-komitee.

Frankenthal. Sonntag, 28. Aug., Abds. halb 9 Uhr, bei Griesinger (oberer Saal). Vortrag über das Naturheil-wesen und seine Anwendung. Referent: Herr Vogel-Ludwigshafen.

Freiburg i. S. Sonntag, 4. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Schwant.

Furthungen. Sonntag, 28. August, im Gasthaus zum „Hoh“.

Görlitz. Montag, 30. Aug., Abds. 8 Uhr, im „Felsen-keller“, Sonnenstr. 51. Vortrag.

Halle. Sonnabend, 28. Aug., bei Hollmann, Poststr. 83.

Hamburg. (Sektion der Gelbgießer, Sütler usw.) Mittwoch, 1. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Kaffa-macherreihe 6-7.

Hamburg. (Sektion der Klempner u. d. S.) Dienstag, 7. Sept., bei Hilmer, Gärtnermarkt 35.

Hamburg-Horn. Sonnabend, 4. Sept., bei Meißel, Hammer Sandstr. 339. Mitgliedsbuch legitimirt.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 4. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Rätzke.

Hannover. (Sektion der Mechaniker u. d. S.) Dienstag, 21. Aug., im „Fahrgast-Depot“. Vortrag.

Hannover-Niederrhein. Sonntag, 28. Aug., Abds. halb 9 Uhr, im „Hüter“.

Harlsruhe. (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, 28. August, Abds. halb 9 Uhr, im „Gold. Kreuz“ (Schubwegplatz).

Industriehaus. Samstag, 28. Aug., Abds. halb 9 Uhr, in Holländer's Brauerei. Revisorenwahl. — Die Mitglieds-bücher sind mitzubringen.

Meißen. Sonntag, 5. Sept., Vormittags 10 Uhr, im „Gold. Schiff“. Rundschau auf gewerkschaftlichem und poli-tischem Gebiete. Referent: Fleißner. Gewerkschaftliches.

Mülheim a. Rh. Montag, 6. September, Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Götzen, Dammstr. 9. Vortrag des Kol-legen Schlegel-Berlin.

Nordhausen. Sonnabend, 28. Aug., Abds. 8 Uhr.

Nürnberg. (Allg.) Samstag, 4. Sept., bei Herzog, Neuhofstr. Wahl eines Revisors. — Am 18. Sept., Vor-trag des Herrn Kub über Fichte und Lassalle. — Die Bücher aus der Bibliothek müssen in nächste Zeit zur Revision ein-geliefert werden.

Nürnberg. (Sektion der Flaschner.) Samstag, den 28. August, im Mörzer, Dörschmannsplatz.

Regen. Sonnabend, 4. Sept., bei Schreiber, Feld-strasse 34.

Rosswald. Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, Abds. halb 9 Uhr, im „Feldschlößchen“.

Stettin-Zentrum. Sonnabend, 28. Aug. Fragebogen. Wahl eines Revisors. — Untere Mitgliederversammlungen finden jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat bei Burrow, Rosengarten 61, statt.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, den 28. Aug., im „Hirsch“.

Tegel. Sonntag, 5. Sept., Nachm. 2 Uhr, bei Stein-meier, Schloßstr. 7/8.

Wien. Mittwoch, 1. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Wwe. Kötterheid, Neustraße 26. Gibt es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit? Referent: Kollege Schlegel-Berlin.

Wittenberg. Sonnabend, 4. Sept., Kränzchen bei Wuthenow.

Bremen. Den zugereisten sowie abreisenden Kollegen der Aktiengesellschaft „Weser“ zur Kenntniznahme, daß Bei-träge sowie An- und Abmeldungen bei Kollege Völkemann zu erledigen sind. Besonderen über unregelmäßige Zeitungs-zustellung sind bei demselben anzubringen. — Die Beiträge werden von zwei Distriktskassirern sowie von zwei Werkstätten-kassirern kassirt, Zeitungen werden Montags daselbst ver- abfolgt.

Frankfurt a. M. (Allg.) Diejenigen Kollegen, welche den Ausflug nach dem Feldberg mitmachen wollen, mögen sich Samstag, den 28. Aug., Nachts halb 11 Uhr, im Haupt-bahnhof, Wartesaal 3. Klasse einfinden. Nur bei günstiger Witterung.

Hannover. Das Mitgliedsbuch des Maschinenbauers G. Heusel, geb. 14. Nov. 1878, Opt.-Nr. 125 004, eingetreten am 1. Januar 1896, ist auf hiesiger Herberge abhan-gen gekommen. Die Reiseselbstzahler werden ersucht, das Buch anzuhalten und am Max Brandt, Schloffer, Neuestr. 15, St. III, zu senden.

Harlsruhe. (Sektion der Bauhofsler.) Der Schloffer Andreas Höttinger aus Ulm wird ersucht, den von hie-siger Verwaltungsstelle entnommenen Vorstoß an Gottlieb Bärlin, Uhländstr. 14, einzufenden.

Limburg. Sonntag, 5. September, Fußpartie nach Hohenstein-Emsthal. Abgang punkt 1 Uhr vom Hotel „Johannesbad“. — Jeden Montag nach dem 1. und 15. im Monat Zusammenkunft im „Johannesbad“.

Industriehaus. Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt: Heinrich Haier, Bauhofstr. 55.

Jäneberg. Da nunmehr das Einkassirersystem einge-führt ist, werden die Mitglieder ersucht, ihre genaue Adresse anzugeben.

Jordhausen. Der Dreher Theodor Horn, geb. am 9. April 1878 in Juidau, B. Nr. 149 109, wird aufgefor-dert, das Buch „Polis- und Strafenlexikon“, welches er aus der Bibliothek entliehen, zurückzugeben.

Nürnberg. (Sektion der Flaschner.) Der Arbeits-nachweis der Flaschner befindet sich im König von Eng-land und ist an den Werktagen von 7-8 Uhr Abends und Sonntags von 10-11 Uhr Vormittags geöffnet.

Oberwick a. S. Der Gelbgießer Hermann Pauli, geb. zu Groß-Dörsleben, eingetreten am 4. Aug. 1895 zu Oberwick, B. Nr. 107 645 oder 107 641, wird ersucht, seine Adresse an die hiesige Verwaltung gelangen zu lassen.

Pforzheim. Sonntag, 19. Septbr., Ausflug nach Heidelberg-Mannheim. Eisen zum Einzeichnen liegen im Lokal auf.

Posen. Das Reisegeld wird von jetzt ab bei J. Ma-jowski, Zigarrenhandlung, Breitestr. 4, von 10-2 Uhr Mit-tags und von 4-7 Uhr Abends gezahlt. — Die Adresse des Bevollmächtigten, an welchen alle Sendungen zu richten sind, bleibt: P. Kämpfer, Posen-Wilba, Kronprinzstr. 94.

Rosswald. Versammlungen, sowie Kollegen, welche den Aufenthalt des Schloffers Otto Lehmann, geb. zu Noten-burg am 7. März 1877, eingetreten zu Grünberg am 27. Juni 1895, Opt.-Nr. 105 712, kennen, werden um Mit-theilung desselben ersucht. Er hat noch ein Bibliothekbuch, „Darwin'sche Theorie“, in Händen.

Schweinfurt. Um jedem Mitgliede die Zeitung und Quittungsmarken regelmäßig zustellen zu können, ersuchen wir die Mitglieder, ihre Wohnung (Straße und Hausnummer) bei Gg. Frensch, Fürtengasse 10, anzugeben. Desgleichen er-fahren wir solche Kollegen, sich zu melden, welche den aus-wärtig wohnenden Mitgliedern die Marken und Zeitungen in die Werkstätten besorgen.

Wien. Der Feilenhauer Metz, angeblich in Orth (Schweiz), wird hierdurch aufgefordert, mitzutheilen, welche Verwendung das von ihm eingezahlte Geld erhalten soll. — Für Heiligenhaus bei Welschert nimmt Kollege Adolf Wiers, Hauptstr. 17, Aufnahme neuer Mitglieder vor und Beiträge entgegen.

Zuffenhausen. Der Former Karl Korbt, angeblich aus Kassel, wird hiermit ersucht, seinen, trotz wieder-holter Aufforderungen nicht nachgekommenen Verpflichtungen der gewerkschaftlichen Agitationskommission Westpreußens

gegenüber endlich zu genügen, widrigenfalls dieselbe gezwungen ist, andere Schritte gegen ihn zu unternehmen.

Bismarck-Jahrbuch. Vorsitzender der gewerkschaftlichen Agitationskommission Westpreußens in Danzig, Petershagen a. d. R. 28.

Gestorben. Durch Unfall am 5. August der Klempner Wilhelm Koblberg, 22 Jahre alt, in Hannover. — In Zeik am 29. Juli Emil Gräbsch aus Jangenberg b. Zeik, 21 J. alt.

Öffentliche Versammlungen.

Cannstatt. (Allgem. und Former.) Sonntag, 29. Aug., Vorm. 10 Uhr, im „Ruffischen Hof“ öffentliche Versamm-lung. Vortrag des Arbeitersekretärs Ulfster. — Einzähl-ungen und Neuaufnahmen finden statt.

Hannover. Sonntag, 29. Aug., Vormittags 11 Uhr, im Saale des „Ballhof“, öffentliche Versammlung der Klempner und Installateure. Können wir unsere Lage durch einen Streik verbessern? Referent: Rob. Reimert. Wie stellen sich die Klempner und Installateure Hannover-Lindens zu einer Lohnbewegung? Werkstättenangelegenheiten.

Neuwied a. Rh. Sonntag, 5. Sept., Nachm. 8 Uhr, im Saale des Arbeiterkassinos, öffentliche Versammlung. Warum organisiren wir uns? Referent: Kollege Schlegel-Berlin.

Privat-Anzeigen.

Um Angabe der Adresse des Klempners Franz Richter, geb. am 27. Juli 1878 in Schwerin i. M., wird gebeten.

291] Robert Richter, Schwerin i. M., Apothekerstr. 84.

Zwei tüchtige Feilenhauergesellen und ein Geselle, welcher das Schleifen mit befragen kann, erhalten dauernde und gute Arbeit bei

290] Fr. Wilh. Luchtenberg, Siegen.

2 Feilenhauer erhalten sofort dauernde Arbeit bei

292] J. Skutulla, Feilenhauermeister, Forst i. R.

Ein tüchtiger Feilenhauer findet bei gutem Lohn und dauernder Stellung sofort Arbeit bei

293] Hermann Schäfer, Feilenhauermeister, Großenhain.

Zwei tüchtige Schliff-Feilenhauer gesucht.

285] Carl Fuhr, Offenbach a. M.

Maschinenhauer, mit der Fromeinschen Maschine be-tammt, finden dauernde Beschäftigung. Ebenso einige Hand-hauer auf kleine Feilen, halbrunde Bastard und halbrunde Schlicht gegen guten Lohn gesucht bei

287] Th. Spitz & Co., Köln-Ohrenfeld.

Eine gutgehende Klempnerei ist in Leipzig wegzug-s-halber sofort zu verkaufen. Offerte unter „Klempnerei“ an die Exped. ds. Bl.

Für Bibliotheken sowie zum prakt. Gebrauch für Dreher und Schlosser.

Prakt. Berechnungen der Verstellung von Support und Keitstod zur schnellen Anfertigung konischer Arbeiten auf der Drehbank und Hobelmaschine. 53 Abb., 1 Tabelle. M. 1,30.

— Messingstäbe zum Abmessen des Supportumdrückungs-maßes M. — 50. Diese Stäbchen können in die genaue Rundung der Supportflanschen gebogen werden und sind auch zu anderen Abmessungen prakt. zu verwenden. — Prakt. Selbstunterricht im Berechnen der Wechselräder beim Ge-windeabschneiden. 40 Abb., 86 Tab., 11 Aufl. M. 1,35. — Räder-skala für Whitworth- u. Gasgewinde zum Werkstattgebrauch. M. — 15. — Vortrag über Gewindeberechnung M. — 30. — Spiege Gewindelehre für 70, 60, 55 u. 45°. M. — 80. —

Besonders empfehle noch elektrotechnische und fach-wissenschaftliche Werke zur Anschaffung u. stelle Kataloge kostenfrei zur Verfügung. Prospekte auf obige Artikel stehen stets zu Diensten.

Preise verstehen sich gegen Einzahlung des Betrages od. Nachnahme. Bei Partiebezug Preisermäßigung.

Die Schriften sind auch durch alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Um gütige Berücksichtigung bittet

256] Aug. Loss, Siebichenskirch-Galle a. S.

Quittungsmarken, Rabattmarken, Kaufstempel.

sowie alle Druckarbeiten in Buch- und Stein-druck liefert sauber und preiswerth

257] Konrad Müller, Gahenditz-Leipzig.

Illustrirte Preislisten gratis!

Caschenuch für Dreher und Schlosser

von H. Richter, Werkmeister.

5. Auflage.

Viele Abtheilungen, 200 Seiten stark.

Viele Abbildungen.

Preis geb. Mk. 2,60.

■ Mehr als 10 000 Exemplare verkauft. ■

Bei Franco-Einsendung des Betrages von M. 2,60 zu beziehen durch den

Verleger: Paul Schultze's Buchhandlung

Jandeshut, Schlesien.

— Besondere technische Bücher gratis. —